Presseschau vom 01.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Gevorg Mirzayan: **G7 gegen Russland: Frieden zum Preis der Instabilität**
Der Verlauf der Spezialoperation in der Ukraine nimmt immer deutlichere Züge an. Ein Sieg der russischen Seite scheint unausweichlich, was mittlerweile auch von einigen Staatsoberhäuptern der G7 eingesehen wird. Es stellt sich nunmehr die Frage, wie die westlichen Entscheidungsträger mit dieser Situation umgehen sollten, ohne gleichzeitig ihr Gesicht zu verlieren. …
https://kurz.rt.com/31u2 bzw. hier

de.rt.com: **Wie die NSA: Auch Europol darf künftig Daten völlig unverdächtiger Personen auswerten**
Eine neue EU-Verordnung gibt der sogenannten Europäischen Polizeibehörde Europol von nun an weitreichendere Befugnisse. Die Ermittler von Europol dürfen künftig auch Daten völlig unverdächtiger Personen in großem Stil auswerten. …
https://kurz.rt.com/31ti bzw. hier

Wladislaw Sankin: **Botschafter Melnyk leugnet Mitschuld ukrainischer Nationalisten an Massaker an Polen und Juden**
In einem Interview hat der ukrainische Botschafter Andrei Melnyk den OUN-Anführer und Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera gegen alle Vorwürfe verteidigt. Er hat es auch abgelehnt, sich von ihm zu distanzieren, und bezweifelte die Echtheit der vorgelegten historischen Belege. …
https://kurz.rt.com/31tw bzw. hier

Susan Bonath: **Seit Monaten keine aktuellen Daten zur Impfwirksamkeit – nicht für den Bürger, nicht für die Politik**
Die Bundesregierung will die Pflege-Impfpflicht ins kommende Jahr hinein verlängern. Doch das RKI verheimlicht seit zwei Monaten die einzigen Daten zur Wirksamkeit der Vakzine und räumt ein: Auch der Politik liegen keinerlei aktuelle Daten vor, die den Grundrechtseingriff begründen könnten.
https://kurz.rt.com/31ov bzw. hier

Kaspar Sachse: **"Special Relationship" reloaded? England und USA als Hardliner gegen Russland im Ukraine-Krieg**
Der Brexit befeuert die wirtschaftliche und militärische Partnerschaft zwischen England und den USA. Mit der steten Forderung, die Sanktionen gegen Russland auszuweiten, schaden sie jedoch auch der EU und insbesondere dem einstigen Exportweltmeister Deutschland. Um die wirtschaftliche und energiepolitische Sicherheit der Angelsachsen steht es derweil deutlich besser. …
https://kurz.rt.com/31rw bzw. hier

de.rt.com: **Energie-Engpass in Deutschland schlimmer als in einem Kriegsland? Ukraine muss Strom exportieren**
Die Ukraine hat nach Angaben ihres Präsidenten Wladimir Selenskij mit dem Export von Atomstrom nach Europa begonnen. Dadurch soll die derzeit drohende Gefahr eines europaweiten Blackouts verringert werden. Auch Kohlekraftwerke sollen wieder ans Netz

gehen. Doch kann das die Katastrophe noch verhindern? …
https://kurz.rt.com/31vd bzw. hier

abends/nachts:

18:56 de.rt.com: **Gaskrise bedroht Liquidität: Deutscher Energieversorger Uniper braucht wohl Staatshilfe**
Die reduzierten Gaslieferungen aus Russland bringen Uniper wohl in Schwierigkeiten. Der größte deutsche Gas-Importeur muss anderswo teuer Ersatzmengen einkaufen. Um die Liquidität des Konzerns zu sichern, spricht Uniper mit der Bundesregierung über mögliche Staatshilfen.
Der börsennotierte deutsche Energieversorger Uniper hat seine zu hohen Ergebnisprognosen für das Geschäftsjahr 2022 wegen des Rückgangs im ersten Halbjahr wieder zurückgenommen. Zugleich ist bekannt geworden, dass der größte Gashändler Deutschlands – und einer der größten Europas – mit der Bundesregierung nun Gespräche über mögliche Staatshilfen führen wolle.
Uniper gehört inzwischen mehrheitlich dem Fortum-Konzern, der seinerseits mehrheitlich im Besitz des finnischen Staates ist. Nach dem Kassieren der Ergebnis- und Gewinnziele für 2022 hatte die Aktie des Unternehmens Uniper laut einem ARD-Bericht um mehr als 20 Prozent verloren. Mit rund 14 Euro kostet die Aktie so wenig wie seit 2017 nicht mehr. Seit Jahresbeginn summieren sich die Verluste auf nunmehr fast 70 Prozent, berichtet die Nachrichtenagentur dpa.
Seit Mitte Juni erhält Uniper nach eigenen Angaben nur noch 40 Prozent der vertraglich zugesicherten Gasmengen vom russischen Gazprom. Das Unternehmen mit Sitz in Düsseldorf kooperiert mit Hunderten Stadtwerken und Energieversorgern in Deutschland. Die fehlenden Mengen des verhältnismäßig günstigen Gases aus Russland muss Uniper nun auf dem "freien" Spotmarkt zukaufen, um seinen Lieferverpflichtungen gegenüber den Abnehmern nachzukommen. Diese Preise sind allerdings in den letzten Monaten in die Höhe geschossen. Die Differenz kann der Konzern derweil jedoch noch nicht an seine Kunden weitergeben, da jene mit dem Gas noch zu den zuvor vereinbarten niedrigeren Preisen beliefert werden müssen.
Das Unternehmen prüfe derzeit, wie die Liquidität der Gesellschaft weiter gesichert werden könne, hieß es seitens Uniper am Mittwochabend. Der Vorstandsvorsitzende Klaus-Dieter Maubach erläuterte laut dpa:
"Wir hatten bereits Ende letzten Jahres durch die enorm gestiegenen Gaspreise einen signifikant gestiegenen Liquiditätsbedarf."
Um diesem finanziellen Engpass zu begegnen, so Maubach weiter, hätte man "bereits unsere Kreditlinien erweitert und unter anderem eine Fazilität der staatlichen KfW in Höhe von zwei Milliarden Euro erhalten, die wir bis heute nicht in Anspruch genommen haben".
Maubach ergänzte, dass sich die Geschäftsentwicklung "durch den Krieg in der Ukraine und die in der Folge stark reduzierten Gaslieferungen aus Russland spürbar verschlechtert" habe. "Daher sprechen wir jetzt mit der Bundesregierung erneut über Stabilisierungsmaßnahmen, für die eine Reihe von Instrumenten in Frage kommen wie zum Beispiel Garantie- und Sicherheitsleistungen, Erhöhung der aktuellen Kreditfazilität bis hin zu Beteiligungen in Form von Eigenkapital."
Laut einem Bericht der dpa habe der finnische Mehrheitsaktionär Fortum mitgeteilt, dass im Falle von Uniper eine "nationale und industrieweite Anstrengung" nötig sei. Wie hoch und wie konkret eine mögliche Unterstützung ausfallen müsste, wollte Fortum laut dpa nicht kommentieren. Uniper habe einen von Fortum gewährten Kreditrahmen von acht Milliarden Euro teilweise ausgenutzt, hieß es weiter. "Als Mehrheitseigentümer von Uniper wollen wir

als Fortum dafür sorgen, dass Uniper auch im Falle eines anhaltenden oder sich verschärfenden Gasmangels in der Lage ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen."
Am Donnerstag bestätigte das Bundeswirtschaftsministerium, dass mit Uniper Gespräche über Stabilisierungsmaßnahmen laufen. Anlass seien "die stark gestiegenen Gaspreise und die reduzierten Liefermengen aus Russland", so eine Sprecherin des Ministeriums gegenüber dpa. Vor wenigen Tagen hatte dieses Ministerium die zweite Stufe des Notfallplans Gas, die sogenannte Alarmstufe, ausgerufen. Grund dafür seien "die seit dem 14. Juni 2022 bestehende Kürzung der Gaslieferungen aus Russland und das weiterhin hohe Preiseniveau am Gasmarkt". Aktuell sei zwar die Versorgungssicherheit gewährleistet, aber "die Lage ist angespannt". Der Notfallplan Gas hat drei Stufen, die dritte ist die Notfallstufe.
Für Deutschland ist Nord Stream 1 inzwischen die Hauptversorgungsleitung mit russischem Gas. In den letzten Monaten waren auch in Europa wegen der westlichen Sanktions- und Embargo-Politik gegen Russland wegen dessen Militäroperation in der Ukraine die Energiepreise drastisch gestiegen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bda19ab480cc693f7e46ab.jpg
Ein Uniper-Mitarbeiter inspiziert die oberirdischen Anlagen des Erdgasspeichers Bierwang am 10. Juni 2022

19:25 de.rt.com: **DVR-Botschaft in Russland wird am 12. Juli eröffnet**
Die feierliche Eröffnung der Botschaft der Volksrepublik Donezk in Moskau wird am 12. Juli stattfinden, wie der Pressedienst des russischen Außenministeriums via Telegramm mitteilte. Zu der Veranstaltung wurden offizielle Vertreter der Russischen Föderation, der Volksrepublik Lugansk, Abchasiens, Syriens und Südossetiens sowie "einer Reihe weiterer diplomatischer Vertretungen ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die in Moskau akkreditiert sind", eingeladen, hieß es.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bdbdf748fbef36cb0767d9.jpg

Dan-news.info: **Die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa**

hat heute die Soldaten der Volksmiliz der DVR besucht, die aus ukrainischer Gefangenschaft zurückgekehrt sind.
„Den ganzen heutigen Tag unterhielt ich mit mit Verteidigern der DVR, die gestern im Rahmen des Austausches aus ukrainischer Gefangenschaft zurückkehren konnten. Es sind 47 Menschen, die nach Beginn der militärischen Spezialoperation von ukrainischen Soldaten gefangen genommen wurden. Leider musste die Mehrzahl der Menschen die Brutalität der ukrainischen Straftruppen erfahren. 95 Prozent unserer Soldaten wurden gefoltert, Schläge und andere Arten brutaler Behandlungen. Am häufigsten war die Rede von Stromschlägen“, sagte Morosowa.
Sie fügte hinzu, dass bei allen Soldaten die Dokumente konfisziert und vernichtet wurden. Vor Gericht wurden die gefangenen Soldaten gezwungen, sich schuldig zu bekennen, indem man ihnen versprach, sie auf die Austauschlisten zu setzen. Nach den Worten der Bevollmächtigten für Menschenrechte ist der Gesundheitszustand der nach Hause zurückgekehrten unterschiedlich, Probleme haben praktisch alle. Viele müssen wegen Komplikationen nach Schussverletzungen und Brüchen behandelt werden. Die notwendige Hilfe wird in vollem Umfang geleistet werden.
„Ich denke allen, die an der Freilassung unserer Leute beteiligt waren, sehr. Und ich lenke die Aufmerksamkeit der internationalen Rechtsschutzorganisationen ein weiteres Mal auf die kritische Situation mit der Einhaltung der Rechte von Gefangenen in der Ukraine. Ich meine, dass die zahlreichen Aussagen unserer Soldaten eine unwiderlegbare Begründung dafür sind, endlich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“, unterstrich Morosowa. „Indem sie die neu aufgedeckten Fälle von ungesetzlichen Methoden gegenüber gefangenen Teilnehmern der militärischen Spezialoperation ignorieren, ist die Weltgemeinschaft praktisch Mittäter bei den Kriegsverbrechen Kiews.“

19:50 de.rt.com: **Indonesischer Präsident: "Habe Putin Selenskijs Botschaft überbracht"**
Der indonesische Präsident Joko Widodo, der kurz vor seinem Moskau-Besuch nach Kiew gereist war, hat dem russischen Staatschef Wladimir Putin eine Botschaft seines ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij überreicht. Bei einer Pressekonferenz am Rande der Gespräche mit Putin am Donnerstag im Kreml sagte er:
"Ich habe Präsident Selenskijs Botschaft an Präsident Putin weitergegeben und meine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, den Dialog zwischen den beiden Führern wiederherzustellen."
Widodo sprach mit Blick auf die Ukraine-Krise von einer "immer noch sehr schwierigen Situation", betonte jedoch die Notwendigkeit, in Richtung einer friedlichen Lösung voranzuschreiten und einen Dialog zu beginnen.
Nähere Angaben zum Inhalt der Botschaft machte das indonesische Staatsoberhaupt nicht.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bdcecab480cc693f7e46e0.jpg
Der russische Präsident Wladimir Putin empfängt den indonesischen Staatschef Joko Widodo

im Kreml, 30. Juni 2022

20:00 de.rt.com: **Indirekte Atomverhandlungen zwischen USA und Iran in Doha enden ohne Durchbruch**

Die Bemühungen um die Wiederbelebung des Atomabkommens mit Iran von 2015 stehen vor dem Scheitern. Die USA haben sich enttäuscht über die Ergebnisse der indirekten Atomgespräche mit Iran in Doha gezeigt. Nach Darstellung der iranischen Medien enthielt die US-amerikanische Position zum Atomdeal keine Garantien dafür, dass Iran wirtschaftlich von der Wiederbelebung des Abkommens profitiert.

Die Bemühungen um die Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015 stehen wieder vor dem Scheitern. Die indirekten Gespräche zwischen Iran und den USA über die Wiederinkraftsetzung des von den USA einseitig verlassenen Abkommens von 2015 endeten am Mittwoch ohne Durchbruch, auch ohne allerdings ein neues Datum für die Fortsetzung der Verhandlungen festgelegt zu haben.

Bei den Gesprächen seien "keine Fortschritte" erzielt worden, verlautbarte das US-Außenministerium am Mittwoch: "Die indirekten Gespräche in Doha sind beendet, und während wir der EU für ihre Bemühungen sehr dankbar sind, sind wir enttäuscht, dass Iran ein Mal mehr nicht positiv auf die Initiative der EU reagiert hat."

Zuvor hatte Enrique Mora, der EU-Beauftragte für die Verhandlungen, erklärt, "zwei intensive Tage" mit Gesprächen hätten noch nicht zu dem erhofften Erfolg geführt. Nun müsse "mit noch größerer Dringlichkeit" an einer Vereinbarung gearbeitet werden.

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian hatte am Mittwoch gesagt, Teheran sei bereit, in Doha eine Vereinbarung abzuschließen, werde aber seine "roten Linien" nicht überschreiten. Nach Informationen der iranischen Nachrichtenagentur IRNA fordert Iran die Aufhebung aller ohne das Atomabkommen verhängten Sanktionen sowie die Einrichtung einer neuen Instanz zur Überprüfung der Aufhebung aller Sanktionen und Garantien, dass die US-Regierung sich nicht wieder aus dem Abkommen zurückziehen wird.

Ein US-Beamter, der an den Gesprächen beteiligt war, sagte, es scheine einen Mangel an Dringlichkeit seitens der Iraner zu geben, um ein Abkommen abzuschließen. "Die zwei Tage, die wir hier verbracht haben, haben – soweit ich das beurteilen kann – den Prozess nicht vorangebracht", sagte der nicht namentlich genannte US-Beamte.

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums Nasser Kanani gab eine optimistischere Bewertung der Gespräche ab, indem er sagte, dass Iran "praktische Vorschläge" zur Lösung der verbleibenden Probleme vorgelegt habe und dass Teheran mit der EU über "die nächste Phase der Gespräche" in Kontakt bleiben werde.

Die iranische Nachrichtagentur Tasnim kommentiert, dass die US-amerikanische Position zum Atomdeal in Doha keine "Garantie dafür enthielt, dass Iran wirtschaftlich von der Wiederbelebung des Abkommens profitiert". Washington versuche, das Atomprogramm Irans einzuschränken, ohne als Gegenleistung für einen Atomdeal seinen Sanktionsmechanismus gegen Teheran aufzuheben.

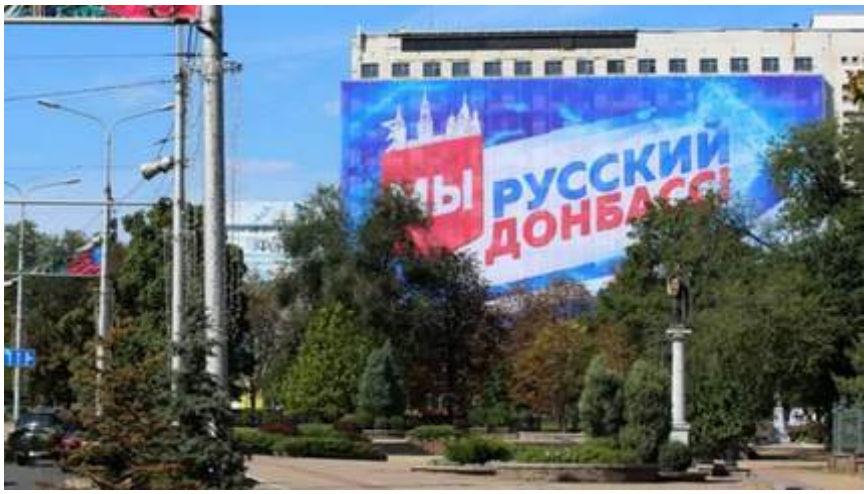
Die weiterhin festgefahrenen Atomgespräche ließen vermuten, dass der diplomatische Prozess scheitern könnte, kommentiert das Wall Street Journal am Donnerstag. Während Iran in seinem Atomprogramm weiter voranschreite, gebe es in Washington "zunehmenden politischen Widerstand" gegen die Wiederherstellung dieses Abkommens. Teheran hatte kürzlich die Überwachung seiner Aktivitäten gemäß dem Atomprogramm im Sinne der UNO eingeschränkt. Iran gab Anfang Juni die Abschaltung von 27 Kameras der für die UNO tätigen Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) zur Überwachung iranischer Nuklearanlagen bekannt.

Die Hauptfrage für die an den Gesprächen Beteiligten ist nun, ob die streitenden Parteien versuchen sollen, die Verhandlungen am Laufen zu halten, um das völlige Scheitern der

diplomatischen Bemühungen abzuwenden. Trotz wachsender politischer Kritik an den Gesprächen argumentiert die US-Regierung unter Biden weiterhin, dass die Wiederherstellung des Abkommens von 2015 der beste Weg sei, um zu verhindern, dass Iran eine "Atomwaffe" besitzen werde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bd8abe48fbef36cb076770.jpg
Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian und sein stellvertretender Außenminister und Chefunterhändler für Nuklearfragen, Ali Bagheri Kani, vor ihrem Treffen mit dem russischen Außenminister im Hauptquartier des Außenministeriums in der iranischen Hauptstadt Teheran am 23. Juni 2022

20:15 de.rt.com: **Donezk meldet Freilassung von 47 DVR-Bürgern durch Gefangenenaustausch – fast alle in ukrainischer Gefangenschaft gefoltert**
Wie RIA Nowosti meldet, hat die Ombudsfrau der Volksrepublik Donezk (DVR), Darja Morosowa, vor Journalisten mitgeteilt, dass 47 Bürger der DVR im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zwischen Russland und der Ukraine freigelassen worden seien.
"Gestern fand ein Austausch zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine statt. Infolgedessen konnten wir die Freilassung von 47 Bürgern der Volksrepublik Donezk ermöglichen", erklärte Morosowa gegenüber Reportern.
Zu dem Austausch von jeweils 144 Kriegsgefangenen auf beiden Seiten kam es am 29. Juni auf direkten Befehl des russischen Oberbefehlshabers – Präsident Putin –, um das Leben und die Gesundheit russischer Militärangehöriger, der Kämpfer der DVR und der Luganskер Volksrepublik (LVR) zu retten, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, am Donnerstag.
Auf dem Telegram-Kanal Readowka wird berichtet, dass nach Angaben von Morosowa 95 Prozent der am 29. Juni ausgetauschten Personen in der ukrainischen Gefangenschaft gefoltert worden sein sollen, unter anderem durch Elektroschocks.
"Leider mussten die meisten der Jungs die Grausamkeit der ukrainischen Peiniger erfahren. 95 % unserer Kämpfer waren Folter, Schlägen und anderen Formen der Misshandlung ausgesetzt. Meistens kam es zum Einsatz von Strom", schrieb Morosowa.
Die DVR-Ombudsfrau fügte hinzu, dass die Dokumente aller Soldaten beschlagnahmt und vernichtet worden seien. Vor Gericht wurden die inhaftierten Kämpfer gezwungen, ihre Schuld einzugestehen. Im Gegenzug sollen sie das Versprechen erhalten haben, in die Austauschlisten aufgenommen zu werden.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bde0f4b480cc693f7e46f0.png
Transparent mit der Aufschrift "Wir sind der russische Donbass" an einem Gebäude in Donezk

20:40 de.rt.com: **Medienbericht: Steinmeier erörtert bei Telefonat mit Selenskij möglichen Kiew-Besuch**
Am Donnerstag fand ein Telefonat zwischen dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij statt. Das berichtet die Welt unter Berufung auf eine Sprecherin Steinmeiers. Nach Angaben der Zeitung sicherte der SPD-Politiker Selenskij die weitere Unterstützung Deutschlands für die Ukraine zu und beglückwünschte sein Land zum EU-Kandidatenstatus. Auch die Vorbereitung eines möglichen Besuchs Steinmeiers in Kiew sei angesprochen worden.
Bereits Ende Mai sollen Steinmeier und Selenskij miteinander telefoniert haben, so die Welt. Bei dem Gespräch habe das ukrainische Staatsoberhaupt Steinmeier persönlich wie auch der gesamten Bundesregierung eine Einladung nach Kiew unterbreitet.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bddc2d48fbef08a316f051.jpg

21:05 de.rt.com: **Kiew will mit Wiedererrichtung eines Militärpostens auf der Schlangeninsel warten**
Wie der Telegram-Kanal *Ransche wsech. Nu potschti* berichtet, habe die Leiterin des

Pressezentrums der Sicherheits- und Verteidigungskräfte des Operativen Kommandos Süd des ukrainischen Verteidigungsministeriums, Natalja Gumenjuk, gegenüber CNN erklärt, es sei für Kiew "zu früh", einen Außenposten auf der Schlangeninsel einzurichten.
"Wir müssen ihr Verhalten (das der russischen Streitkräfte – Anm. d. Red.) in Bezug auf die Gruppierung von Schiffen und den Einsatz anderer Kräfte überwachen. Es ist noch zu früh für uns, einen Außenposten auf der Schlangeninsel zu errichten",
so Gumenjuk. "Unsere Truppen sind noch nicht auf der Insel gelandet", betonte sie.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bde6f648fbef071773b7f3.jpg
Die Schlangeninsel vor dem Donau-Delta (Luftbild von 2005)

22:28 (21:28) novorosinform.org: **"Wir warten auf die russischen Truppen": Einwohner von Slawjansk sprachen über die Vorbereitungen zum Sturm auf die Stadt**
Tausende Einwohner von Slawjansk werden ihre Heimatstadt vor dem Angriff der verbündeten Streitkräfte der DVR und Russlands nicht verlassen. Die Menschen rüsten Unterstände aus und bereiten sich auf ein langes Abwarten der Feindseligkeiten vor. Dies wird in dem von der Publikation "Moskowskij Komsomolez" veröffentlichten Material mitgeteilt.
Nachdem es den Alliierten gelungen ist, in die erste Verteidigungslinie der Streitkräfte der Ukraine im Donbass einzudringen, entwickeln die Russen die Offensive und bereiten sich auf den Sturm auf Slawjansk vor. Nach Angaben von Anwohnern warten viele Menschen in der von der Ukraine besetzten Stadt auf ihre Befreiung und beten für die russischen Soldaten.
"Wir warten auf die alliierten Truppen, dafür beten wir seit sieben Jahren. Mein Bruder hofft, endlich nach Hause zurückkehren zu können. Er kämpfte 2014 in der Volksmiliz und verließ die Stadt, als ukrainische Truppen in Slawjansk einmarschierten", sagte Tatjana. eine Bewohnerin von Slawjansk.
Ihr zufolge wurde die Stadt in all den Jahren der Besatzung auf die Verteidigung vorbereitet - sie wurde von Betonunterkünften umgeben und alle Zugänge zur Stadt wurden bewacht.
Das ukrainische Kommando ist entschlossen, Slawjansk bis zuletzt zu verteidigen, da es sich auf einer Höhe befindet und es ermöglicht, ein großes Territorium bis Artjomowsk zu kontrollieren.
Trotz der Gefahr heftiger Kämpfe werden viele Einwohner ihre Heimatstadt nicht verlassen. Die Menschen bereiten Keller vor, kaufen Lebensmittel und sogar Petroleumlampen, die knapp geworden sind.
„Viele, die in der Stadt geblieben sind, warten darauf, dass Slawjansk in die DVR kommt. Es gibt viele leere Häuser in der Stadt. Die Eigentümer haben die Stadt 2014 verlassen. Sobald die ukrainischen Behörden hier weg sind, werden sie zurückkehren “, zitiert MK einen Bewohner.

https://novorosinform.org/content/images/80/03/48003_720x405.jpg

21:30 de.rt.com: **Behörden des Gebiets Cherson erlauben russischen Staatsbürgern freie Einreise**
Russische Staatsangehörige dürfen ab dem 30. Juni uneingeschränkt ins Gebiet Cherson einreisen, wie die Militär- und Zivilverwaltung der Region am Donnerstag auf Telegram berichtete. Gleichzeitig tauchten weitere Meldungen auf, wonach auch die Einreisebeschränkungen für russische Bürger im Gebiet Saporoschje aufgehoben worden seien. Bislang wurden die Berichte von den regionalen Behörden jedoch noch nicht offiziell bestätigt.
Bisher waren aufgrund der an der Grenze geltenden Beschränkungen zusätzliche Gründe wie etwa der Besuch von Verwandten erforderlich, um die Russische Föderation in Richtung der Gebiete Cherson oder Saporoschje verlassen zu dürfen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bdef6e48fbef6e206a2f58.jpg
Blick auf die Stadt Cherson, 20. Mai 2022

21:55 de.rt.com: **NATO-Staaten beschließen Erhöhung der Gemeinschaftsausgaben: 20 Milliarden zusätzlich bis 2030**
Die NATO-Staaten wollen bis Ende 2030 mehr als 20 Milliarden Euro zusätzlich für gemeinschaftliche Ausgaben bereitstellen. Eine beim Gipfeltreffen in Madrid getroffene Einigung sieht vor, das Budget für die NATO jährlich deutlich zu steigern, wie mehrere Teilnehmer der dpa am Donnerstag bestätigten.
Mit den zusätzlichen Mitteln soll es möglich werden, mehr Geld in die Verlegung von Ausrüstung an die Ostflanke sowie in die militärische Infrastruktur zu investieren. Zudem soll es mehr Mittel für Übungen und Cybersicherheit sowie die Förderung von Partnerschaften mit

befreundeten Drittstaaten geben.
Den Angaben zufolge soll der zivile und der militärische Haushalt von 2023 an jährlich um je zehn Prozent erhöht werden, der für das Sicherheits- und Investitionsprogramm NSIP sogar um 25 Prozent. Für den Zeitraum von 2023 bis 2030 stünden NATO-Berechnungen zufolge somit knapp 45 Milliarden Euro zur Verfügung. Ohne die Erhöhung läge die Summe bei lediglich 20 Milliarden Euro.

denis-pushilin.ru: **Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat sich nicht an die DVR bezüglich der zum Tode verurteilten zwei britischen Söldner gewandt**, teilte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin gegenüber TASS mit.
„Was die angebliche Besorgnis über das Schicksal der verurteilten britischen Söldner betrifft, so steht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hier vor einer Wahl. Entweder tatsächlich nach dem Schutz der Interessen der Briten zu streben und uns eine offizielle Anfrage zu dieser Sache zu schicken. Wir werden alle Darlegungen abwägen und eine Entscheidung treffen, ob wir die Anfrage behandeln oder nicht. Oder weiter Erklärungen in den Medien zu verbreiten, die real niemandem helfen, die dafür vollständig den derzeitigen europäischen Begriffen von Wahrheit und Gerechtigkeit entsprechen“, sagte das Oberhaupt der DVR.
Der EGMR hat sich nicht an die Regierung der DVR gewandt, unterstrich Denis Puschilin.
„Erstens, die RF hat die DVR offiziell als souveränen und unabhängigen Staat anerkannt. Deshalb kann Russland nur dann in irgendeiner Weise an Entscheidungen bezüglich der Rechtsprechung in unserem Land teilnehmen, wenn es eine entsprechende Vereinbarung mit der Regierung der Republik gibt. Und überhaupt ist es von Seiten des EGMR äußerst zynisch, sich an Russland zu wenden, denn es ist kein Mitglied des Europarats mehr, gerade wegen der zielgerichteten unmenschlichen Handlungen der Mitglieder dieser Organisation, die gleichzeitig auch NATO-Mitglieder sind“, stellte das Staatsoberhaupt fest.
Er erläuterte, dass dieser Gerichtshof zuvor alle Anträge von Einwohnern der Republik an ihn ignoriert hat.
„Mehr als acht Jahre lang hat diese Institution zynisch alle Anträge von Einwohnern der Donezker Volksrepublik auf Entschädigung aufgrund des Schaden durch die verbrecherischen Handlungen der Ukraine – barbarische Beschüsse, Wirtschafts- und Transportblockade, Streichung von Renten und Sozialzahlungen – ignoriert“, erklärte er.
Zuvor war berichtet worden, dass der EGMR erklärt hatte, dass er entschieden habe, Maßnahmen in der Sache der zwei britischen Söldner, die in der DVR zum Tode verurteilt wurden, zu ergreifen. Der Gerichtshof rief die Russische Föderation auf, „zu garantieren, dass das Urteil nicht umgesetzt wird“.

22:15 de.rt.com: **Verwaltungsleiterin von Cherson: Explosion in der Stadt ist ein terroristischer Akt der Ukraine**
Die Explosion im Zentrum von Cherson in der Nähe des örtlichen Gefangenenlagers und des Fernsehturms ist ein Terrorakt seitens der Ukraine, der durch die Zündung eines improvisierten Sprengsatzes verursacht wurde. Dies teilte die stellvertretende Leiterin der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Cherson, Jekaterina Gubarewa, am Donnerstag in ihrem Telegram-Kanal mit.
Demnach hat die Ukraine einen weiteren Terroranschlag in Cherson verübt. Heute gegen 19 Uhr ereignete sich in Cherson eine Explosion. Durch die Explosion wurden Teile eines Gebäudes zerstört. Es gab keine Verletzten. "Mit diesem terroristischen Akt sollen die Einwohner von Cherson eingeschüchtert werden", sagte sie in ihrer Erklärung.
Sie fügte hinzu, dass trotz solcher Provokationen von ukrainischer Seite weiterhin neue wirtschaftliche, staatliche und öffentliche Einrichtungen in der befreiten Region Cherson

aufgebaut werden. Nach Angaben eines TASS-Korrespondenten wurde die Absperrung um den Tatort aufgehoben.
Am Donnerstagabend meldete der Telegram-Kanal des Innenministeriums der Region Cherson, dass es in der Nähe des Fernsehturms im Zentrum von Cherson zu einer Explosion kam, die vorläufigen Berichten zufolge auf die Auslösung eines Sprengkörpers zurückzuführen ist, bei dem es sich möglicherweise um einen Sabotageversuch der Ukraine handelt. Es gibt nach bisherigen Meldungen keine Toten oder Verletzten.

22:30 de.rt.com: **Joe Biden: Amerika ist in einer besseren Führungsposition als jemals zuvor**
Auf seiner Pressekonferenz nach dem NATO-Gipfel in Madrid erklärte der US-Präsident Joe Biden, die USA seien stark wie nie. Darauf hingewiesen, dass 85 Prozent der US-Amerikaner das anders sehen, verwies er auf jene Staatschefs, die sich bei ihm für die Führung durch die USA bedankt haben sollen.
Am Ende des NATO-Gipfels in Madrid gab der US-Präsident Joe Biden eine Pressekonferenz. Er erklärte, die NATO sei heute geschlossener als jemals zuvor. Die zuletzt vor zwölf Jahren beschlossenen NATO-Grundsätze seien nunmehr an die heutige Lage angepasst worden.
"Bei diesem Gipfel haben wir unsere Verbündeten zusammengerufen, um nicht nur der direkten Bedrohung zu begegnen, die Russland für Europa darstellt, sondern auch den systemischen Herausforderungen, die China für eine regelbasierte Weltordnung darstellt."
Er betonte, die USA hätten seit seinem Amtsantritt sieben Milliarden US-Dollar Sicherheitsunterstützung an die Ukraine geleistet und in den nächsten Tagen würden weitere 800 Millionen Dollar folgen. Er zitierte eine lange Liste gelieferter Waffen und versprach weitere Munition für die bereits gelieferten HIMARS-Mehrfachraketenwerfer.
Auf dem G7-Gipfel sei eine "Partnerschaft für globale Investitionen" verabredet worden, die vor allem chinesischen Infrastrukturprojekten begegnen soll. "Anders als die chinesischen sind diese Projekte transparent und mit sehr hohen Standards", erklärte er. Er rechne mit privaten Investitionen und zitierte ein Beispiel aus Angola – ein Solarkraftwerk für zwei Milliarden –, das Angola helfen solle, seine Klimaziele zu erreichen.
Er erwähnte den angestrebten Preisdeckel für russisches Öl, der dazu führen solle, "Putins Erlöse zu senken, ohne Amerikanern und anderen an der Benzinpumpe Schmerzen zuzufügen." Und 4,5 Milliarden Dollar, über die Hälfte aus den USA, würden zur Verfügung gestellt, "um Nahrungsunsicherheit zu bekämpfen".
Mit einer Nachfrage verwies Darlene Superville von AP auf eine Umfrage, wonach 85 Prozent der US-Amerikaner davon überzeugt seien, die USA würden sich in die falsche Richtung bewegen. Dabei erwähnte sie die hohen Kraftstoffpreise, die Inflation, aber auch das jüngst ergangene Urteil des Supreme Court zur Abtreibungsfrage. Joe Biden sieht dafür aber keinen Anlass:
"Amerika ist in einer besseren Position, die Welt zu führen, als es jemals war. Wir haben die stärkste Wirtschaft der Welt, unsere Inflationsrate ist niedriger als die anderer Länder auf der Welt. Das Einzige, was destabilisiert, ist das empörende Verhalten des Supreme Court der Vereinigten Staaten. Aber es ist niemand zu mir gekommen, um etwas anderes zu sagen als: Danke für die amerikanische Führung."
Auf die Frage, ob nicht ein Zeitpunkt kommen könne, an dem er zu Selenskij sagen müsse, jetzt könne man die Ukraine nicht weiter unterstützen, antwortete er, das ginge weiter, so lange es nötig sei, und erklärte die bisherigen Sanktionen zu einem Erfolg: "Sie [die Russen] haben fünfzehn Jahre Wirtschaftsentwicklung verloren." Russland habe Probleme bei der Ölförderung, weil es auf US-Technologie angewiesen sei, und das Gleiche gelte für die Waffensysteme.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bdb977b480cc693f7e46d0.jpg
US-Präsident Joe Biden auf der Pressekonferenz in Madrid am 30. Juni 2022

22:35 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Zahl im Donbass kämpfender ausländischer Söldner rückläufig**

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, hat auf eine sinkende Zahl der im Ukraine-Krieg auf Seiten Kiews kämpfenden ausländischen Söldner hingewiesen. Ihm zufolge versuchen sie zurzeit verstärkt, die Ukraine zu verlassen. Im Interview mit dem Fernsehsender *Rossija 24* erklärte Puschilin:

"Nach unseren Informationen fühlen sich die Söldner hier besonders verwundbar, weil sie von den bewaffneten Verbänden der Ukraine nicht gänzlich akzeptiert werden. Sie haben sich auf eine Art leichte Safari, eine leichte Jagd auf Russen eingestellt, aber das ist nicht der Fall. Und wenn man bedenkt, wie viele von ihnen getötet und verletzt wurden, versuchen sie, sich zurückzuziehen und die restlichen Teile der Ukraine zu verlassen. Solche Informationen bekommen wir ziemlich regelmäßig."

In Bezug auf die zuvor in der DVR zur Todesstrafe verurteilten Söldner aus Großbritannien und Marokko beklagte Puschilin die Tatenlosigkeit der Behörden deren Heimatländer, die sich "leider auf öffentlichere Handlungen beschränkt" hätten, und zwar nicht an die Adresse der DVR, sondern Russlands. Dies würde allerdings das Schicksal der Verurteilten auf dieser Etappe in der Tat keineswegs erleichtern, so Puschilin.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62be0697b480cc69442b3238.jpg
Denis Puschilin beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, 16. Juni 2022

22:45 de.rt.com: **Wichtige US-Flüssiggas-Exportanlage fällt nach Brand noch länger aus**
Die LNG-Großanlage des Terminalbetreibers Freeport in Texas (USA) ist nach einem Brand noch für unbestimmte Zeit außer Betrieb. Die Anlage ist entscheidend für den Export von US-Flüssiggas nach Europa.
Die für den Export von US-Flüssiggas wichtige LNG-Großanlage des Terminalbetreibers Freeport in Texas bleibt nach einem Brand bis auf Weiteres stillgelegt. Die zuständige Aufsichtsbehörde der US-Regierung stellte am Donnerstag fest, dass der Betrieb ohne weitere Korrekturmaßnahmen ein Risiko für die öffentliche Sicherheit darstelle.
Die Anlage im texanischen Quintana hat laut Analysten eine besonders große Bedeutung für den Export von Flüssiggas nach Europa. Sie ist damit auch ein wichtiger Faktor beim Bemühen, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern.
Freeport muss der Kontrollbehörde nun wöchentliche Updates zur Lage des Terminals liefern. Die Betreibergesellschaft darf die im Zuge einer Explosion am 8. Juni geschlossene Anlage erst mit Genehmigung der US-Regierung wieder hochfahren. Freeport hatte zwar schon gewarnt, dass es dauern könnte. Doch nun wird der Zeitplan noch ungewisser.
Laut Postbank-Experte Dirk Steffen entfallen fast 17 Prozent der LNG-Exportkapazität der USA auf das Terminal. Rund 70 Prozent des über die Anlage an der US-Golfküste verschifften Flüssiggases gingen der Investmentbank Jefferies zufolge zuletzt nach Europa.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62be0b6048fbef444d29aa18.jpg

22:50 de.rt.com: **Russische Botschafterin in Sofia schließt Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Bulgarien nicht aus**
Die russische Botschafterin in Sofia, Eleonora Mitrofanowa, hat die Möglichkeit eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien aufgrund der Massenausweisung russischer Diplomaten in Aussicht gestellt. Dies sagte sie im Fernsehsender BNT.
Ihrer Meinung nach kann Sofias Handeln nicht ohne Folgen bleiben und Moskau werde entsprechend reagieren. Mitrofanowa präzisierte:
"Die diplomatischen Beziehungen könnten sogar abgebrochen werden."
Zudem übermittelte die Diplomatin dem bulgarischen Außenministerium eine Note, in der sie die Behörde auffordert, die Ausweisungsentscheidung bis zum 1. Juli um 12 Uhr Moskauer Zeit rückgängig zu machen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62be0982b480cc69716bbc61.jpg

Ein Demonstrant schwenkt eine russische Flagge während einer Kundgebung zur Unterstützung Russlands vor dem bulgarischen Parlament in Sofia, 6. April 2022

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Nordkorea: USA versuchen, "asiatische NATO" aufzubauen**
Die offizielle nordkoreanische Nachrichtenagentur warnt die USA vor provokativen Schritten in der Region Asien-Pazifik. Schritte, die der Schaffung einer asiatischen NATO gleichkämen, würden nur zur Selbstzerstörung der beteiligten Mächte führen.
Die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA hat einen Kommentar veröffentlicht, in dem sie den USA vorwirft, eine zweite, asiatische NATO aufbauen zu wollen, um Rivalen wie China und Russland einzukreisen. Die Nachrichtenagentur gilt als offizielles Sprachorgan der nordkoreanischen Regierung. In ihrem Kommentar formuliert die Agentur den Vorwurf, die USA würden versuchen, im August auf Hawaii gemeinsame Militärübungen mit Japan, Südkorea und anderen Teilnehmern unter dem Namen "Pacific Dragon" durchzuführen. Diese Übungen seien bereits in der Vergangenheit verdeckt und unter dem Vorwand, die Aufspürung und Verfolgung ballistischer Raketen trainieren zu wollen, abgehalten worden.
Auf einem Treffen hochrangiger US-amerikanischer, japanischer und südkoreanischer Militärs am 11. Juni wurde nun jedoch beschlossen, die Übungen in diesem Jahr öffentlich durchzuführen und sie in regelmäßigen Abständen zu wiederholen, um die Zusammenarbeit im Militärbereich zu stärken. Zudem beschlossen die drei Staaten, künftig einmal im Quartal eine gemeinsame Raketenalarmübung durchzuführen. Diese Entscheidungen kommentierte die nordkoreanische Nachrichtenagentur mit der Einschätzung,
"dass die USA an dem Plan festhalten, Japan und Südkorea noch unverhohlener und rücksichtsloser (als bisher) militärisch zu kontrollieren. Die USA sind wild entschlossen, mit ihren Handlangern militärisch zusammenzuarbeiten, ohne Rücksicht auf die primären Sicherheitsbedürfnisse und -interessen der asiatisch-pazifischen Länder. Sie zielen auf den lang gehegten Wunsch der USA ab, Rivalen wie China und Russland einzudämmen, ihr wildes Streben nach Weltherrschaft zu befriedigen und die Vorbereitungen für einen Angriff auf (Nordkorea) zu perfektionieren, indem sie ein Militärbündnis zwischen den USA, Japan und Südkorea verwirklichen."
Washington arbeite daran, ein Militärbündnis zwischen den drei Staaten ins Leben zu rufen. Die Aussagen der japanischen Regierung, die offen für höhere Militärausgaben und die Fähigkeit, "feindliche Basen anzugreifen", trommele, würden das beweisen.
"Der Plan zur Bildung eines Militärbündnisses zwischen den USA, Japan und Südkorea, der durch den Kotau Japans und Südkoreas vor den USA noch ermöglicht wurde, ist

offensichtlich ein gefährliches Vorspiel für die Schaffung einer asiatischen Version der NATO."
Die USA würden beabsichtigen, angesichts des "neuen Kalten Krieges" in der Asien-Pazifik-Region eine unilaterale Weltordnung zu etablieren. Allerdings werde die internationale Gemeinschaft diese Versuche Washingtons zurückweisen. Die KCNA verweist darauf, dass China und andere regionale Staaten die Pläne der USA verurteilen, und fügt hinzu:
"Die Eskalation der Spannungen in der asiatisch-pazifischen Region durch die unvorsichtigen militärischen Provokationen der USA wird sich in erster Linie negativ auf die Situation auf der koreanischen Halbinsel auswirken."
Die "rücksichtslosen militärischen Konfrontationsschritte der USA und ihrer Vasallen" werde jedoch zur "katastrophalen Folge ihrer Selbstzerstörung" führen, warnt die Agentur.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bdb9d4b480cc69716bbc1a.jpg

7:05 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium baut Wohnsiedlung mit 1.000 Wohnungen in Mariupol**
Im Herbst 2022 soll in Mariupol ein neues Wohngebiet mit über 1.000 Wohnungen in Betrieb genommen werden. Das teilte die Abteilung für Information und Massenkommunikation des russischen Verteidigungsministeriums Journalisten mit. In einer entsprechenden Erklärung heißt es:
"In diesem Herbst werden Spezialisten des militärischen Baukomplexes des russischen Verteidigungsministeriums die erste Etappe eines neuen Wohnviertels für die Bewohner von Mariupol von Grund auf errichten."
Das Baugebiet werde 115 Hektar groß sein und 12 fünfstöckige Häuser mit mehr als 1.000 Wohnungen umfassen. Aktuell sind mehr als 600 Bauarbeiter und 80 Einheiten mit Spezialgeräten an dem Bau beteiligt. Die Behörde fügte hinzu:
"Die Baustelle wurde von nicht explodierter Munition und Sprengkörpern gesäubert, bevor die Bauarbeiter die Baustelle betreten konnten."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62be7c2eb480cc45884031eb.jpg
Zerstörungen in Mariupol

7:20 de.rt.com: **Ukraine führt Visaregelung für russische Bürger ein**
Die Ukraine führt am 1. Juli eine Visaregelung für russische Staatsbürger ein. Nachdem Kiew die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abgebrochen hat und die Botschaft und die Konsulate der Ukraine in Russland ihre Tätigkeit eingestellt haben, müssen Russen in einer Niederlassung des externen Dienstleisters VFS Global in Moskau, Sankt Petersburg, Jekaterinburg, Kaliningrad, Kasan, Nowosibirsk, Rostow am Don oder Samara ein Visum beantragen, um in das Nachbarland einreisen zu dürfen. Laut dem ukrainischen Außenministerium werden die Visa-Anträge von den diplomatischen Vertretungen der Ukraine in Drittländern in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden bearbeitet.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 1.7.2022**
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:
38 Mann;
8 Schützenpanzerwagen;
5 Fahrzeuge.
Die Volksmiliz der LVR ruft die ukrainischen Soldaten auf, die Waffen niederzulegen, zu diesem Zweck werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.
Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 6 Geschosse mit 152mm-Artilleriegechützen **auf Popasnaja abgefeuert**.
Seit Beginn des heutigen Tages haben ukrainische Nationalisten **zwei Raketen mit Mehrfachraketenwerfern** amerikanischer Herkunft M142 HIMARS **auf Rowenki abgefeuert**.
Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe für Einwohner der befreiten Territorien der Republik.
So haben gestern Freiwillige der Organisation „Feldpost Z“ humanitäre Hilfe an Einwohner von Sewerodonezk geliefert sowie Briefe für Soldaten der Volksmiliz der LVR überbracht.

8:02 de.rt.com: **Internationale Energieagentur: Atomkraft wichtig für Übergang zu erneuerbaren Energien**
Während die deutsche Regierung bisher am Atomausstieg festhält, der unter Merkel beschlossen wurde, wollen immer mehr Staaten neue Investitionen in die Atomkraft tätigen. Dort gilt sie als moderne, effiziente und emmissionsarme Stromerzeugungsmethode.
Die Internationale Energieagentur (IEA) hat am Donnerstag einen neuen Bericht veröffentlicht, in dem die internationale Organisation die Bedeutung der Kernkraft für den Übergang zu erneuerbaren Energien betont, vor allem angesichts der aktuellen weltweiten Energiekrise. Die Reduzierung von Energieimporten habe eine besondere Bedeutung gewonnen. Die IEA begründet die Rolle der Kernkraft zudem mit der Klimakrise. Um bis zur Mitte des Jahrhunderts null Nettoemissionen von Treibhausgasen zu erreichen, müsse es eine schnelle und vollständige Dekarbonisierung der Strom- und Wärmeerzeugung geben. Die IEA schreibt:

"Die Kernenergie mit einer Kapazität von 413 Gigawatt , die in 32 Ländern in Betrieb ist, trägt zu beiden Zielen bei, indem sie jährlich 1,5 Gigatonnen an globalen Emissionen und 180 Milliarden Kubikmeter an globalem Gasbedarf vermeidet."
Der Ausbau der Wind- und Solarenergie müsse durch disponierbare Ressourcen ergänzt werden.
"Die Kernenergie ist heute nach der Wasserkraft die zweitgrößte Quelle emissionsarmer Energie und kann aufgrund ihrer Planbarkeit und ihres Wachstumspotenzials in Ländern, in denen sie akzeptiert wird, dazu beitragen, ein sicheres, vielfältiges und emissionsarmes Stromsystem zu gewährleisten."
Zudem stellt die Agentur fest, dass zwar "fortgeschrittene Wirtschaften" über fast 70 Prozent der globalen Nuklearkapazität verfügen, die Investitionen in diese seien aber ins Stocken geraten. Von den 31 Reaktoren, deren Bau seit Anfang 2017 startete, seien laut IEA bis auf vier alle anderen von chinesischem oder russischem Design. Jedoch habe eine wachsende Anzahl von Ländern Pläne verkündet, wonach sie mehr in die Nuklearenergie investieren wollten, wurde im IEA-Bericht mitgeteilt. Dazu gehörten beispielsweise Großbritannien, Frankreich, China, Polen und Indien. Auch die Vereinigten Staaten würden in fortschrittliche Reaktor-Designs investieren, so der Bericht weiter. Andere Länder wiederum, wie Belgien und Südkorea, nahmen laut dem Agenturbericht ihre Entscheidungen, aus der Atomkraft auszusteigen, zurück:
"Die Energiesicherheitsstrategie des Vereinigten Königreichs umfasst Pläne für acht neue Großreaktoren. Eine schnellere Wiederinbetriebnahme japanischer Kernreaktoren, die eine Sicherheitsgenehmigung erhalten haben, könnte Flüssigerdgas (LNG) freisetzen, das in Europa oder anderen asiatischen Märkten dringend benötigt wird."
Während nach der Erdölkrise von 1973 mit dem Bau von Atomkraftwerken im Umfang von insgesamt 170 Gigawatt Leistung begonnen wurde, – diese Anlagen stellen immer noch 40 Prozent der gesamten Atomstromerzeugung dar – wurden im letzten Jahrzehnt lediglich Anlagen im Umfang von 56 Gigawatt errichtet, berichtete die IEA. Das müsse aber laut der Agentur nicht so bleiben:
"Mit politischer Unterstützung und strenger Kostenkontrolle könnte die heutige Energiekrise zu einer ähnlichen Wiederbelebung der Kernenergie führen."
Als etablierte großflächige Energiequelle mit niedrigen CO2-Emissionen eigne sich Kernkraft gut dazu, die Stromerzeugung zu dekarbonisieren, stellt der Bericht fest. Demnach sei es auch wichtig, die Laufzeiten bestehender Kernkraftanlagen zu verlängern, um einen kosteneffektiven Pfad zur Reduzierung der Emissionen bis 2050 einzuschlagen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bd856a48fbef6e206a2ec4.jpg

8:20 de.rt.com: **New York Times: Ukraine besteht auf westliche Waffen, um Getreide über das Schwarze Meer zu exportieren**
Die ukrainischen Behörden bestehen darauf, dass sie die von den westlichen Ländern zugesagten Waffenlieferungen benötigen, um eine ununterbrochene Getreideversorgung zu

gewährleisten. Dies berichtete die New York Times am Donnerstag.
Der ukrainische Abgeordnete und Verhandlungsführer Rustem Umerow verkündete, das Land bereite sich auf Gespräche in der Türkei vor, um die Blockade des Hafens von Odessa aufzuheben. Jedoch nur die Lieferung von Marinewaffen könne eine wirksame Sicherheitsgarantie sein.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62be786448fbef08a94e75a0.jpg
Hafen von Odessa

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 1.7.22 um 09:30 Uhr**
Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 540 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 152mm und 122mm sowie 82mm- und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden **7 Zivilisten, darunter ein Kind, geb. 2010, verletzt**. 34 Wohnhäuser und 11 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 6 Fahrzeuge, 5 Schützenpanzerwagen und mehr als 50 Mann.

8:40 de.rt.com: **Ukraine-Krieg als Treiber der West-Wirtschaft: Pentagon sichtet 1.300 Langzeitliefervorschläge für Waffen "mit minimalem Training"**
Aktuell sichtet das US-Verteidigungsministerium rund 1.300 Vorschläge zur Entwicklung von Waffen und Ausrüstung oder auch produktionsbereiter Systeme, die in Zukunft an die Ukraine geliefert werden sollen, berichtete der Fernsehsender CNN am Donnerstag unter Berufung auf Quellen aus der Behörde.
Rund 800 Unternehmen reichten beim Pentagon Vorschläge für Luftabwehr, Panzerabwehrwaffen, Drohnen, Batterieabwehr und Kommunikation ein, heißt es. Es wird erwartet, dass die US-Verteidigungsbehörde in den kommenden Wochen über die besten Ideen für die Entwicklung entscheidet. Ob es sich nur um US-Unternehmen oder auch ausländische handelt, wird in einer entsprechenden offenen Informationsanfrage vom 22. April an interessierte Herstellerunternehmen nicht präzisiert.
Geplant sind Systeme, die nicht nur sofort, also innerhalb von einem Monat, sondern auch innerhalb von sechs Monaten oder noch darüber hinaus an die Ukraine geliefert werden können. Laut der Anfrage werde Bedarf am Ausbau der Produktionskapazitäten gesehen. Außerdem gebe es insbesondere ein Interesse an Systemen, die mit minimalem

Trainingsaufwand eingesetzt werden können.
Dies legt nahe, dass das US-Verteidigungsministerium mit einem längeren Verlauf des Ukraine-Konflikts rechnet sowie damit, dass Kiew dürftig ausgebildete Rekruten wird einsetzen müssen.

9:42 (8:42) novorosinform.org: **Die chinesische Firma Huawei hat Zahl der Arbeitsplätze in Russland erhöht**
Der chinesische Technologieriese Huawei hat laut *Kommersant* die Einstellung von Mitarbeitern für seine russische Division verstärkt.
Das Unternehmen habe die Zahl der Planstellen im Bereich Vertrieb verdreifacht und mehr als verdoppelt für Fachkräfte im Bereich Produktion und Wartung von Geräten. Für das erste Halbjahr 2022 stieg die Zahl der offenen Stellen bei Huawei in Russland im Vergleich zu 2021 um 49 Prozent.
Die Zeitung weist darauf hin, dass das Unternehmen auf diese Weise nach einer Möglichkeit suche, auf dem russischen Markt zu bleiben, was seine Konkurrenten beunruhige.
„Vielleicht wird das Unternehmen eine eigene Marke schaffen, um hier die gesamte Gerätelinie zu verkaufen“, zitiert *Kommersant* einen Experten.

https://www.novorosinform.org/content/images/80/15/48015_720x405.jpg

9:05 de.rt.com: **Experte: Kiew riskiert den Verlust neuer Territorien**
Die Fortsetzung der Feindseligkeiten könnte bedeuten, dass die Ukraine weitere Gebiete verliert, schrieb Charles Kupchan, Professor für internationale Beziehungen an der Georgetown University, in einem Artikel für die Zeitschrift Foreign Affairs.
Seiner Ansicht nach wird Kiew selbst mit zusätzlichen westlichen Waffenlieferungen wahrscheinlich nicht über genügend Kampfkraft verfügen, um die unter russischer Kontrolle befindlichen Gebiete zurückzuerobern. Er schrieb:
"Eine Fortsetzung der Kämpfe könnte für Kiew eher noch mehr menschliche Opfer und Gebietsverluste als Gewinne auf dem Schlachtfeld bedeuten."
Kupchan vertritt die Ansicht, dass eine Verlängerung des Konflikts zu einer Verschlechterung der Lage in der Welt führen würde:
"Je länger die Kämpfe andauern, desto größer ist die Gefahr einer Eskalation, sei es absichtlich oder versehentlich, und desto länger und schwerwiegender sind die Störungen der Weltwirtschaft und der Nahrungsmittelversorgung."

10:24 (9:24) novorosinform.org: **Der Abzug der russischen Truppen aus Smeinyj verbessert die Situation der Ukraine nicht – Experten**

Russlands Rückzug von der Schlangeninsel wird die Lage für Kiew im Schwarzmeergebiet der Ukraine nicht einfacher machen. Das berichten Experten des American Institute for the Study of War.
„Russische Streitkräfte haben Zugang zu landgestützten Schiffsabwehrsystemen auf der Krim und in der westlichen Region Cherson, die immer noch ukrainische Schisse angreifen können“, heißt es in dem Text.
Laut Analysten könnte der Abzug des Militärkontingents von der Insel die Spannungen vor der Küste der Ukraine "aufgrund des Abzugs russischer Luftverteidigungssysteme und Schiffsabwehrraketen von der Insel" verringern.
Gleichzeitig, sagen Experten, werde der Rückzug selbst die russische Dominanz im Schwarzen Meer nicht beenden. Im Falle aktiver Feindseligkeiten seitens Kiews könne Moskau jederzeit mit Hilfe der Schwarzmeerflotte reagieren.

https://www.novorosinform.org/content/images/80/17/48017_720x405.jpg

9:26 de.rt.com: **Washington: Russland sollte "defensive" NATO nicht fürchten**
Nach Ansicht Washingtons ist die NATO ein rein defensives Verteidigungsbündnis und die Aufstockung der Streitkräfte nahe der russischen Grenze eine Antwort auf Russlands Vorgehen in der Ukraine. Moskau solle den Schritt nicht als Bedrohung ansehen.
Moskau sollte zusätzliche NATO-Truppen in Osteuropa nicht als Provokation betrachten, sondern als legitime Antwort eines rein defensiven Bündnisses auf die "Aggression" Moskaus in der Ukraine. Das verkündete John Kirby, der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA, gegenüber Reportern.
Der US-Beamte wurde von Bloomberg gebeten, die von US-Präsident Joe Biden am Mittwoch angekündigte Entsendung weiterer Truppen nach Polen, Rumänien und in die baltischen Staaten sowie die Stationierung zusätzlicher US-Flugzeuge und -Schiffe an anderen Orten auf dem europäischen Kontinent zu kommentieren. Kirby erklärte:
"Es gibt keinen Grund, dass Putin eine Veränderung der Truppenstärke an der Ostflanke der NATO als Provokation ansehen muss. Die NATO ist, wird und war schon immer ein Verteidigungsbündnis."
"Der Grund, warum wir dies tun müssen, ist, dass Herr Putin einen destabilisierenden Einfluss auf den Kontinent ausgeübt hat. Herr Putin hat beschlossen, in einen souveränen Nachbarstaat einzufallen. Herr Putin ist der Aggressor."
Der Admiral der US-Marine im Ruhestand, der im vergangenen Monat seinen Posten als Sprecher des Pentagon aufgab, um ins Weiße Haus zu wechseln, erklärte außerdem, dass die NATO zwar ein Ende des Konflikts in der Ukraine anstrebe, dass es aber Sache des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij sei, "zu bestimmen, wann, wo und unter

welchen Umständen die Verhandlungen überhaupt beginnen können".
In der Zwischenzeit haben die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten Selenskij bedingungslose Unterstützung für den Krieg, nicht aber für Verhandlungen gegeben. Der belgische Premierminister Alexander De Croo erklärte am Mittwoch:
"Wir machen sehr deutlich, dass dieser Krieg nur auf dem Schlachtfeld gewonnen werden kann."
Moskau hat die Behauptung der NATO, sie sei ein reines Verteidigungsbündnis, mit dem Hinweis auf ihre Erfolgsbilanz der vergangenen zwei Jahrzehnte, vom Krieg gegen Jugoslawien 1999 über den Regimewechsel in Libyen 2011 bis hin zu den Bombardierungen in Syrien in den letzten Jahren mit Spott bedacht. Wassili Nebensja, Russlands ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, hob Anfang Juni vor dem UN-Sicherheitsrat hervor:
"In seinen vergeblichen Versuchen, seine Aggression gegen souveräne Staaten zu rechtfertigen, musste der kollektive Westen mit exotischen Begriffen wie 'humanitäre Intervention', 'Krieg gegen den Terror' und 'Präventivschläge' aufwarten."
Russland hatte am 24. Februar Truppen in die Ukraine entsandt und dies mit der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen begründet, die den Gebieten Donezk und Lugansk einen Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates verleihen sollen. Die Protokolle, die von Deutschland und Frankreich vermittelt wurden, wurden erstmals 2014 unterzeichnet. Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat inzwischen zugegeben, dass Kiew den Waffenstillstand vor allem dazu nutzen wollte, Zeit zu gewinnen und "mächtige Streitkräfte zu schaffen".
Im Februar 2022 erkannte Moskau die Donbass-Republiken als unabhängige Staaten an und verlangte, dass die Ukraine sich offiziell zu einem neutralen Land erklärt, das sich niemals einem westlichen Militärblock anschließen wird. Kiew besteht darauf, dass die russische Offensive völlig unprovoziert war.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62be967ab480cc449674d044.jpg
John Kirby

9:30 de.rt.com: **Wiederaufbau der Volksrepublik Donezk: Russische Bautruppen richten drei Betonfabriken ein**
Bautruppen des russischen Militärs haben auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk drei Betonwerke errichtet. Mit dem Material aus deren Produktion soll die dortige Infrastruktur wiederaufgebaut werden, präzisierte die Abteilung für Information und Massenkommunikation des russischen Verteidigungsministeriums gegenüber Journalisten:
"Spezialisten des militärischen Baukomplexes des russischen Verteidigungsministeriums haben drei Mörtelwerke eingerichtet, um den Bau von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in der DVR zu gewährleisten."
Es ist jedoch davon auszugehen, dass das produzierte Baumaterial auch für den Wohnungsbau verwendet wird, etwa in Mariupol, wo eigens dafür 115 Hektar Stadtgebiet jüngst von Bauschutt und nicht explodierten Kampfmitteln geräumt wurden.

Es wird darauf hingewiesen, dass es seit Beginn der russischen militärischen Sonderoperation nicht möglich war, in der Volksrepublik Donezk Mörtel und Beton zu produzieren. Die erste der drei Anlagen wurde in einer Rekordzeit von nur drei Wochen in Betrieb genommen, teilte das Verteidigungsministerium mit. Die zwei übrigen Anlagen seien jedoch ebenfalls fertig und würden in naher Zukunft in Betrieb genommen.

10:31 (9:31) novorosinform.org: **Die Krim, Saporoschje und Cherson sind zum ersten Mal seit acht Jahren wieder durch eine Buslinie verbunden**
Einwohner der Städte der Republik Krim sowie der Regionen Saporoschje und Cherson können sich zum ersten Mal seit acht Jahren sicher mit einem Personenbus zwischen diesen Regionen bewegen, berichtet RIA Novosti.
"Dies ist ein Meilenstein. Zum ersten Mal seit 8 Jahren fährt ein Bus nach Cherson. Die Tickets sind alle ausverkauft", berichtet der amtierende Verkehrsminister der Krim, Nikolai Lukaschenko.
Die Buslinie nahm wie geplant am 1. Juli ihren Betrieb auf. Heute haben die ersten Passagiere Simferopol bereits Richtung Cherson verlassen. Vor der Abreise erhielten die Passagiere eine spezielle Sicherheitseinweisung.
In diese Regionen sollen in wenigen Tagen auch Personenzüge verkehren. Die Verzögerung sei darauf zurückzuführen, dass der Weg bisher nicht alle Sicherheitsanforderungen erfülle, erklärte das Oberhaupt der Krim Aksjonow.

https://www.novorosinform.org/content/images/80/19/48019_720x405.jpg

9:51 de.rt.com: **Ukrainisches Außenministerium geht auf Distanz zu Bandera-Äußerungen von Melnyk**
Das ukrainische Außenministerium hat sich von Äußerungen des Botschafters in Berlin, Andrei Melnyk, über den früheren Nationalistenführer Stepan Bandera distanziert. Melnyk hatte in einem Interview geleugnet, dass Bandera "ein Massenmörder von Juden und Polen" gewesen sei.
Das ukrainische Außenministerium hat sich von Äußerungen des Botschafters in Berlin, Andrei Melnyk, über den früheren Nationalistenführer Stepan Bandera (1909-1959) distanziert. Die Behörde teilte in der Nacht zum Freitag auf ihrer offiziellen Webseite mit: "Die Meinung des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrij Melnyk, die er in einem Interview mit einem deutschen Journalisten ausgedrückt hat, ist seine persönliche und gibt nicht die Position des ukrainischen Außenministeriums wider."
Melnyk wurde in Deutschland auch durch Kritik an der Ukraine-Politik der Bundesregierung bekannt.
Das Außenministerium dankte in dem Statement, das in englischer Sprache verfasst wurde,

zudem Warschau für die derzeitige "beispiellose Hilfe" im Krieg gegen Russland. Wörtlich heißt es darin:
"Wir sind überzeugt, dass die Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen derzeit auf ihrem Höhepunkt sind."
In Polen waren Melnyks Äußerungen auf Kritik gestoßen. Der Botschafter hatte Bandera im Interview mit dem Journalisten Tilo Jung in Schutz genommen und gesagt: "Bandera war kein Massenmörder von Juden und Polen". Dafür gebe es keine Belege. Als Botschafter ist Melnyk dem Außenministerium unterstellt.
Bandera war ideologischer Führer des radikalen Flügels der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Nationalistische Partisanen aus dem Westen der Ukraine waren 1943 für ethnisch motivierte Vertreibungen verantwortlich, bei denen Zehntausende polnischer Zivilisten ermordet wurden. Bandera floh nach dem Zweiten Weltkrieg nach Deutschland, wo er 1959 von einem Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB ermordet wurde. Unter anderem bezeichnen die Historiker Per Anders Rudling und Grzegorz Rossoliński-Liebe Bandera als einen "Faschisten".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62bea6fb48fbef6a320564d5.jpg
Wird kritisiert, bleibt aber im Amt: Die Aufnahme vom 2. Juni 2022 entstand während eines Treffens von Andrei Melnyk mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas im Bundestag in Berlin.

10:10 de.rt.com: **US-Raketenartillerie gegen Zivilisten: Kiew beschießt Kleinstadt in LVR mit HIMARS**
Ukrainische Truppen haben die Stadt Rowenki in der Volksrepublik Lugansk mit dem Raketenartilleriesystem M142 HIMARS aus US-amerikanischer Produktion beschossen, teilt die LVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes in der Ukraine (GZKK) mit.
Um 6.30 Uhr wurden zwei Raketen auf die Stadt abgefeuert. Angaben zu etwaigen Todesopfern oder Verwundeten unter Zivilisten oder zu Sachschäden stehen bislang aus.
Dies ist bereits der zweite Fall des Einsatzes dieses US-Waffensystems gegen Zivilisten in der LVR. So feuerten kiewtreue Truppen am Morgen des 28. Juni eine Rakete auf die Kleinstadt Perewalsk ab. Wie später bekannt wurde, war das Geschoss mit Streumunition bestückt.
Die US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfer HIMARS MLRS, samt Munition mit einer Reichweite von etwa 80 Kilometern, waren Teil des 11. Militärhilfepakets für Kiew, das Washington am 1. Juni angekündigt hatte.

10:28 de.rt.com: **Russland und Weißrussland warnen vor neuem "Eisernen Vorhang"**
Moskau werde von nun an weder Washington noch Brüssel vertrauen. Das erklärte der russische Außenminister diese Woche. Man werde alles tun, um in kritischen Bereichen Abhängigkeiten von den USA und der EU zu vermeiden.
Ein neuer "Eiserner Vorhang" wird über Europa gezogen, diesmal von westlichen Mächten,

die versuchen, Russland und Weißrussland wegen des Konflikts in der Ukraine zu isolieren.
Bei einem Treffen mit seinem weißrussischen Amtskollegen in Minsk sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Dienstag, die EU habe praktisch über Nacht alle Beziehungen zu Moskau zerstört, die sie über Jahrzehnte aufgebaut habe.
Der weißrussische Außenminister Wladimir Makei betonte:
"Der Eiserne Vorhang wird nun von den Westlern selbst errichtet."
Er stellte klar, dass er sich nicht nur auf den Abbruch der politischen und wirtschaftlichen Kontakte bezog, sondern auch auf die physische Barriere, die entlang der polnisch-weißrussischen Grenze errichtet wurde.
Makei bezeichnete den Isolationismus als einseitig, da Weißrussland weiterhin für den Dialog mit dem Westen eintrete und diplomatische Lösungen für Probleme suche.
Der Prozess sei praktisch schon im Gange, stimmte Lawrow zu. Er fügte hinzu, dass die westlichen Länder "vorsichtig vorgehen, um nicht alles sofort abzuschneiden, aber der Prozess ist im Gange". Lawrow stellte fest:
"Die Gipfeltreffen, die zweimal im Jahr stattfanden, und die Treffen der russischen Regierung und der Europäischen Kommission, die gemeinsamen Räume, entlang derer die vier 'Road Maps' aufgebaut wurden, zwanzig sektorale Dialoge, ein Dialog über Visafreiheit ... all das wurde über Nacht zu Fall gebracht."
Der russische Chefdiplomat bezog sich auf die Ereignisse von 2014, als Brüssel die sogenannte "Annexion der Krim durch Russland" verurteilt hatte. Er erklärte:
"Seitdem sind die Beziehungen nicht mehr existent."
Moskau sei nach wie vor offen für Diplomatie und Dialog, werde aber unter Berücksichtigung seiner eigenen Interessen entscheiden, wie es die Beziehungen wiederaufnehmen wolle, so der russische Diplomat. Der Minister betonte:
"Ich kann nur sagen, dass wir von jetzt an weder den Amerikanern noch der EU vertrauen werden. Wir werden alles Notwendige tun, um in kritischen Bereichen nicht von ihnen abhängig zu sein."
Der Ausdruck "Eiserner Vorhang" wurde von Winston Churchill geprägt, dem britischen Politiker, der das Vereinigte Königreich durch den Zweiten Weltkrieg führte. Der abgesetzte Premierminister folgte im März 1946 der Einladung von US-Präsident Harry Truman, an einem Studienkolleg in Fulton in US-Bundesstaat Missouri eine Rede zu halten. Hierin kündigte er den bevorstehenden Kalten Krieg an, indem er erklärte, dass sich "ein eiserner Vorhang über den Kontinent gesenkt hat", womit er sich auf die Errichtung sozialistischer Regierungen in den von der Roten Armee befreiten Ländern Osteuropas bezog.
Die westliche Geschichtsschreibung geht davon aus, dass der ursprüngliche Eiserne Vorhang im Jahr 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands, gefolgt vom Zusammenbruch der UdSSR zwei Jahre später, zerstört wurde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62be8f3bb480cc4a1c2e939a.jpg

Der russische Außenminister Sergei Lawrow und sein weißrussischer Amtskollege Wladimir Makei bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Minsk

10:40 de.rt.com: **Russische und Luganske Streitkräfte stoßen auf Sewersk vor**
Die Verbände der russischen Armee und der Luganske Volksmiliz haben drei Ortschaften in der Nähe von Lissitschansk eingenommen und bereiten sich auf einen Vorstoß auf die Stadt Sewersk vor. Dies berichtete der Assistent des Innenministers der LVR Witali Kiseljow. Er schrieb auf seinem Telegramkanal:
"Die alliierten Verbände haben die Siedlungen Spornoje, Solotarjowka und Belaja Gora unter ihre Kontrolle gebracht. Die Offensive wird nach Sewersk weitergetragen, wohin sich die ukrainischen Streitkräfte aus Lissitschansk zurückziehen."
Zuvor hatte Kiseljow verkündet, dass die Streitkräfte Russlands und der LVR bereits die Hälfte des Stadtgebiets von Lissitschansk kontrollieren und nur noch wenige Tage für eine komplette Einnahme der Stadt benötigen würden.

12:00 (11:00) novorosinform.org: **Schlangeninsel bleibt unter russischer Kontrolle - Abgeordneter der Staatsduma**
Alexej Tschernjak, ein Abgeordneter der Staatsduma aus der Krim-Region, sagte, dass die Insel Smeinyj (Schlangeninsel) weiterhin unter der Kontrolle der Flotte und der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte stehe.
Er erinnerte daran, dass Kämpfer der Spezialeinheiten der russischen Streitkräfte die Insel von ukrainischen Kämpfern befreiten und auch eine Reihe von Angriffen und Landungsversuchen ukrainischer Truppen abwehrten. Darüber hinaus haben russische Truppen eine große Anzahl von Flugzeugen und Drohnen der Streitkräfte der Ukraine abgeschossen. Jetzt sei die Insel unter der Kontrolle russischer Raketen, der Flotte und der Luft- und Raumfahrtstreitkräfte, bemerkte Tschernjak.
Er fügte hinzu, dass der Abzug des Militärs von der Insel durchgeführt wurde, um ihr Leben zu sichern. Die Soldaten seien nach dem Transfer westlicher Waffen nach Kiew in Gefahr gewesen. Der Abgeordnete betonte, dass Russland sich darum kümmere, das Leben seiner Kämpfer zu schützen, und auf dieser Grundlage die Taktik im Verlauf der Feindseligkeiten anpasse. Er drückte auch seine Zuversicht aus, dass die Weltgemeinschaft jetzt nicht in der Lage sein werde, Moskau vorzuwerfen, künstlich eine Hungersnot zu schaffen, indem es die Ausfahrt von Schiffen aus ukrainischen Häfen blockiert.

https://www.novorosinform.org/content/images/80/28/48028_720x405.jpg

11:05 de.rt.com: **Wegen Russlands Veto gegen Mandatsverlängerung: OSZE schließt Koordinierungsbüro in der Ukraine**

Die OSZE hat Schritte eingeleitet, um das Büro des Projektkoordinators in der Ukraine zu schließen. Dies gaben Zbigniew Rau, polnischer Außenminister und amtierender Vorsitzender der Organisation, sowie OSZE-Generalsekretärin Helga Maria Schmid am Donnerstag bekannt. Rau wird auf der OSZE-Webseite mit dem Folgenden zitiert:
"Leider wurde trotz der überwältigenden Unterstützung der Teilnehmerländer kein Konsens über die Verlängerung des Mandats erreicht, um die wichtige Arbeit, die der Projektkoordinator seit 23 Jahren leistet, aufgrund der Position der Russischen Föderation fortzusetzen."
Seit dem Jahr 2014 ist die Sonderbeobachtungsmission (SMM) der OSZE in der Ukraine tätig. Das derzeitige Mandat der Mission wurde Ende März nicht verlängert, weil Russland sich weigerte, eine Konsensentscheidung dafür zu unterstützen.
Russlands Entscheidung wurde mit der einseitigen Berichterstattung der OSZE zugunsten Kiews und zu Lasten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk seit dem Jahr 2014 begründet. Erst später, Mitte April 2022, flog die Beihilfe der OSZE beim Auskundschaften von Zielen und Feuerkorrektur in den Republiken Donezk und Lugansk, darunter Wohnhäuser und zivile Infrastruktur wie Gas- und Wasserwerke, zum Beschuss durch ukrainische Artillerie auf. Die statischen und mobilen Videokameras der OSZE waren ins Feuerleitsystem der ukrainischen Streitkräfte integriert – und zwar mittels Ausrüstung, die in den Feuerstellungen der kiewtreuen Truppen vorgefunden wurde, schrieb die russische Nachrichtenagentur *TASS*.
In der LVR wurde eine spanische OSZE-Mitarbeiterin – die vize-Leiterin der Lugansker Mission – mit einer für die ukrainische Artillerie und Saboteure zusammengestellte Zielliste aus Infrastrukturobjekten der Republik festgenommen. In der DVR wurden mehrere Mitarbeiter der Donezker Mission beim Auskundschaften der Stellungen der Volksmiliz Donezk und der Übergabe der Koordinaten an ausländische Geheimdienste, darunter den SBU, überführt. Die Regierungen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk verboten die Aktivitäten der OSZE im von ihnen kontrollierten Teil des Donezbeckens. Am 30. April 2022 verließen die Mitarbeiter beider Missionen ihre dortigen Stützpunkte.
Im Laufe der Kämpfe um die Stadt Mariupol wurde im dortigen Missionsstützpunkt der OSZE ein Archiv mit Lageberichten vorgefunden, die die ukrainische Seite in einem schlechten Licht dastehen lassen würden, aber nicht weitergeleitet wurden. In der Garage dieses Gebäudes wurde ferner ein Munitionslager, darunter mit Mörsergranaten aus neuester italienischer Herstellung, und auf dem Gelände dieses Gebäudes eine Mörser-Feuerstellung der ukrainischen Truppen vorgefunden.

11:25 de.rt.com: **DVR-Oberhaupt Puschilin: Eingetauschte ukrainische Gefangene nicht an Kriegsverbrechen beteiligt, Asow-Mitglieder garantiert kampfunfähig**
Mit der ukrainischen Seite sind Verhandlungen über einen neuen Gefangenenaustausch im Gange. Dies gab das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin live auf Sendung bei *Rossija 24* bekannt.
Ihm zufolge wird alles getan, um sicherzustellen, dass die von der ukrainischen Seite gefangenen Truppen nach Hause zurückkehren.
Puschilin informierte auch zu Einzelheiten des Gefangenenaustausches "144 gegen 144", der am Vortag stattgefunden hatte. Kiew, so das Republikoberhaupt, hätte den Austausch beinahe vereitelt. Er betonte außerdem:
"Die ukrainischen Gefangenen, die von der DVR an Kiew übergeben wurden, waren nach Angaben der zuständigen Behörden der Republik nicht an Kriegsverbrechen beteiligt."
Zudem versicherte Puschilin ausdrücklich, dass die 37 Kämpfer der Nazi-Terrormilizen Asow und Aidar, die sich unter den 144 ukrainischen Soldaten befinden, nicht in den aktiven militärischen Dienst zurückkehren könnten und dass ein Tribunal gegen Asow-Kämpfer auch nach diesem Gefangenenaustausch nicht aufgehoben sei, sondern im Gegenteil unvermeidlich.

11:31 de.rt.com: **Marke Honor stoppt Lieferungen nach Russland und sucht neue Wege für den Vertrieb in dem Land**

Der chinesische Technikhersteller Honor hat seine Lieferungen nach Russland ausgesetzt, um mögliche Sanktionsrisiken zu mindern. Medienberichten zufolge suche das Unternehmen nun Wege, über Vertriebspartner in der GUS auf den russischen Markt zurückzukehren.

Obwohl die chinesische Marke Honor bislang keine offiziellen Angaben über ihren Ausstieg aus dem russischen Markt gemacht hat, soll sie sämtliche Lieferungen von Geräten nach Russland eingestellt haben. Dies teilte eine Quelle gegenüber der Zeitung *Wjedomosti* am 30. Juni mit. Laut der Zeitung gebe es bereits seit März keine Warentransporte mehr nach Russland.

Derzeit sei das chinesische Unternehmen auf der Suche nach Vertriebspartnern in Armenien und Georgien, um seine technischen Produkte über Parallelimporte nach Russland einzuführen. Eine Vereinbarung mit Usbekistan sei bereits getroffen worden, so die Zeitung.

"Der Ausbau des Vertriebsnetzes in den GUS-Ländern könnte darauf hindeuten, dass Honor die Lieferungen nach Russland wieder aufnehmen wird", meinte der anonyme Gesprächspartner der *Wjedomosti*.

Wie der Vertreter des Forschungsunternehmens Data Insight, Fjodor Wyrin, weiß, bedeuten die Unterbrechungen der Lieferungen aus China nach Russland nicht, dass das Unternehmen den Markt verlassen will. Die Gründe lägen in logistischen Problemen, meint er gegenüber *Wjedomosti*:

"Es ist jetzt sehr teuer und schwierig, etwas nach Russland zu bringen. Es gibt keine Container, die billigen Seewege sind geschlossen, die Bahnstrecken sind verstopft und nicht alle Grenzübergänge funktionieren."

Die Zusammenarbeit mit Vertriebspartnern in der GUS werde es Unternehmen ermöglichen, die derzeitigen Sanktionsrisiken zu mindern, erläuterte der Generaldirektor von Infoline Analytics, Michail Burmistrow, gegenüber der Zeitung. Unterhaltungselektronik unterliegt zwar keinen Sanktionen, jedoch zeigten sich die chinesischen Unternehmen vorsichtig.

"In Anbetracht der möglichen negativen Folgen von Sekundärsanktionen erscheint diese Form der Risikominimierung für sie am logischsten. Die Verringerung von Risiken im Umgang mit Russland und die Begrenzung von Lieferungen ohne lautstarke Äußerungen ist derzeit die Strategie vieler chinesischer Unternehmen", sagte Burmistrow gegenüber *Wjedomosti* weiter.

Honor kann auf eine lange Erfahrung mit US-Sanktionen zurückblicken. Im Jahr 2019, als die Marke noch dem Konzern Huawei gehörte, hatte das US-Handelsministerium das chinesische Unternehmen auf die schwarze Liste gesetzt. Daraufhin beendete Google die Zusammenarbeit mit beiden Unternehmen. Um wenigstens Honor von den Sanktionsmaßnahmen zu befreien, hatte Huawei im Jahr 2020 die Marke an Shenzhen Zhixin New Information Technology Co. verkauft.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bda390b480cc63d32cd274.jpg

nachmittags:

12:13 de.rt.com: **Ratingagentur Fitch: EU braucht mindestens drei Jahre, um russisches Gas komplett zu ersetzen**

Die EU will von russischem Gas weg. Laut EU-Kommission sollen die Energieimporte aus Russland bis Ende des Jahres schon um zwei Drittel reduziert werden. Doch was passiert, wenn es zu einem kompletten Ausfall der Lieferungen kommen sollte? Die Ratingagentur Fitch warnt vor den Folgen.

Es könnte mehr als drei Jahre dauern, bis die Europäische Union russische Gasimporte ersetzen kann, wenn jene abrupt unterbrochen werden sollten. Diese Warnung findet sich in einem Bericht der internationalen Ratingagentur Fitch, der diese Woche auf ihrer Website veröffentlicht wurde. So heißt es seitens der Agentur:

"Eine plötzliche Unterbrechung ist nicht Fitchs Ausgangspunkt, stellt aber ein Risiko dar. Bulgarien und Polen sind bereits von der Versorgung abgeschnitten und die Lieferungen an andere EU-Mitglieder wurden reduziert. Aufgrund von Liefer- und Infrastruktureinschränkungen könnte die EU mehr als drei Jahre brauchen, um einen vollständigen Ausfall der russischen Gaslieferungen auszugleichen."

Sollten die russischen Lieferungen ausbleiben, würden die Länder der Staatengemeinschaft "mit einem erheblichen makroökonomischen Schock konfrontiert werden", warnt Fitch. Dazu gehörten auch ein negatives Wirtschaftswachstum und eine höhere Inflation.

Die Ratingagentur geht demnach davon aus, dass die plötzliche Unterbrechung der Versorgung die EU-Länder Ungarn, die Slowakei sowie die Tschechische Republik am stärksten treffen würde, da jene mangels alternativer Energie-Quellen am meisten von russischem Gas abhängig seien. Polen, Litauen und Rumänien wiederum seien mehr oder weniger sicher, da sie sich weitgehend alternative Lieferungen gesichert haben oder über eine eigene Produktion verfügen.

Russland ist bislang der wichtigste Gaslieferant der EU. Im März hatte Brüssel im Zuge der Spannungen mit Moskau selbst angekündigt, bis Ende des Jahres die Gasimporte aus Russland um zwei Drittel reduzieren zu wollen. Dies soll demnach vor allem mit dem Kauf erheblicher Mengen von verflüssigtem Erdgas (LNG) geschehen. Doch LNG ist sehr teuer, zudem konkurriert die EU auf dem Weltmarkt mit asiatischen Käufern, was den Preis nach oben treibt. Bis "deutlich vor 2030" soll die Staatengemeinschaft dem Plan der EU-Kommission zufolge gar komplett unabhängig von russischen fossilen Brennstoffen sein. Geschehen soll dies dank des beschleunigten Ausbaus von erneuerbaren Energien, neuer Gas-Zulieferer sowie weiter steigender Importe von LNG.

Im April hatten sich Bulgarien, Polen und Finnland geweigert, die neue Bezahlweise für russisches Gas, die auf dem Rubel basiert, zu akzeptieren, woraufhin Gazprom die Lieferungen an diese Länder stoppte. Mitte Juni reduzierte der staatliche russische Energieriese außerdem seine Lieferungen durch die Gaspipeline Nord Stream 1 nach Deutschland um fast 60 Prozent. Gazprom begründete dies mit technischen Problemen aufgrund der Sanktionen, die wegen der Sonderoperation Russlands in der Ukraine gegen Moskau verhängt worden waren.

Diese Ereignisse haben in ganz Europa die Befürchtung geweckt, dass Russland den Gashahn ganz zudrehen könnte. Das veranlasste die europäischen Länder dazu, Notmaßnahmen wie Gasrationierungen und die Wiederbelebung von mit Kohle betriebenen Energieanlagen anzukündigen. Moskau hat wiederholt erklärt, es werde alles tun, um seinen Ruf als "zuverlässiger Gaslieferant" aufrechtzuerhalten, und hat jegliche Pläne, Europa vollständig vom Gas zu trennen, dementiert.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62bea11248fbef14773f7094.jpg
Rohrleitungen an der Gasübernahmestation der Ostseepipeline Nord Stream 1 und der Übergabestation der Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung (OPAL)

13:26 (12:26) novorosinform.org: **Einwohner der estnischen Stadt Narva unterstützten die Sonderoperation in der Ukraine**
Wenn ein Krieg zwischen Russland und Estland ausbricht, werden sich die Menschen in Narva auf die Seite der Erstgenannten stellen, sagten Anwohner gegenüber dem dänischen Fernsehsender *tv2.dk*.
Die estnischen Behörden zwingen den Esten gegenüber Moskau eine westliche Haltung auf und diskriminieren ihre eigene russischsprachige Bevölkerung, berichtet der Sender über die Meinung der Einwohner von Narva.
"Obwohl wir uns auf estnischem Boden und damit auf NATO-Territorium befinden, sprechen 95 Prozent der Stadtbewohner Russisch, und viele sind Russland gegenüber loyal. Auch im Ukraine-Konflikt", sagte ein Stadtbewohner den Korrespondenten des dänischen Senders.
Ein andere Anwohnerin erzählte Reportern von der Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung. Sie sagte, dass es Kindern verboten sei, ihre Muttersprache in der Schule zu sprechen, und dass es für ethnische Russen schwieriger sei, Jobs im öffentlichen Sektor zu bekommen.

https://www.novorosinform.org/content/images/80/36/48036_720x405.jpg

13:42 (12:42) novorosinform.org: **Etwa 200 Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine wurden an einem Tag in der Region Lisitschansk liquidiert - russisches Verteidigungsministerium**
Ukrainische Truppen erleiden schwere Verluste im Gebiet von Lisitschansk, sagte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.

Er erklärte, dass die alliierten Streitkräfte Lisitchansk bereits direkt erreicht hätten. Die russischen Streitkräfte übernahmen die Kontrolle über das Dorf Topolewka, die Lisitschansker-Ölraffinerie, die Matrosskaja-Mine und die Gelatinefabrik.
Der Chef von Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, sagte auch, dass die Soldaten der alliierten Streitkräfte die Stellungen der Streitkräfte der Ukraine umstellten und Lisitschansk systematisch „in Zangen nehmen“. Soldaten der Spezialeinheiten "Akhmat" und des 2. Korps der Volksmiliz der LPR überquerten den Fluss Sewerskij Donetz und näherten sich der Siedlung Nowodrushesk, die nördlich von Lisitschansk liegt.
Dabei erleidet der Feind schwere Personalverluste in der Umgebung. So verloren die Streitkräfte der Ukraine im Dorf Werchnekamenka mehr als 120 Soldaten innerhalb eines Tages, weitere 70 Kämpfer wurden in Werchnekamenskoje liquidiert.
Darüber hinaus wachse die Zahl der Deserteure und derjenigen, die sich weigern, an Feindseligkeiten teilzunehmen, in den Reihen der Streitkräfte der Ukraine. Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation stellt fest, dass das ukrainische Kommando versuche, die Tatsachen über die Unterbesetzung der Einheiten zu verbergen.

https://www.novorosinform.org/content/images/80/37/48037_720x405.jpg

12:45 de.rt.com: **Russische Hacktivisten legen Homepage des US-Bundessteueramtes für 5 Stunden lahm**
Bei der Erprobung einer, wie es hieß, neuen Spielart des Distributed Denial of Service-Angriffs hat die Hackergruppe Killnet die Website des US-amerikanischen Electronic Federal Tax Payment System EFTPS für mehrere Stunden "lahmgelegt". Dies wurde im WE ARE KILLNET genannten Telegram-Kanal der Gruppe verkündet:
"Payusatax.com läuft seit genau fünf Stunden nicht mehr. Damit ist der Test unserer neuen Methode abgeschlossen. Wir belassen die DDoS gegen payusatax.com in einem 'Endless Request'-Zyklus."
Die Hacker führten ihren Angriff mehrere Stunden lang. In dieser Zeit wechselte das Electronic Federal Tax Payment System seinen Schutzanbieter von Flexential Corp. zu Cloudfare, um die DDoS-Angriffe abzuwehren. Das half jedoch nicht – so dass die Website schließlich zum ursprünglichen Schutzanbieter zurückkehrte.
Die Website des EFTPS der USA ist jetzt wieder im Standardbetrieb.

12:58 de.rt.com: **"Haufen pseudo-intellektueller Versager" – Botschafter Melnyk wieder auf Beleidigungstour**
Kaum stellen deutsche Prominente in einem offenen Brief erneut Forderungen bezüglich eines Waffenstillstands und Verhandlungen in der Ukraine – schon folgt die nächste verbale Entgleisung des ukrainischen Botschafters Andrei Melnyk. Doch worum genau geht es in dem

Brief?
Deutsche Prominente haben erneut in einem offenen Brief Politiker dazu aufgefordert, den Ukraine-Krieg durch Verhandlungen zu beenden. In dem Appell mit dem Titel "Waffenstillstand jetzt!", der am Mittwoch in der Wochenzeitung *Die Zeit* veröffentlicht wurde, fordern bekannte deutsche Persönlichkeiten wie der Philosoph Richard David Precht, Schriftstellerin Juli Zeh, Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar und der Filmemacher und Fernsehproduzent Alexander Kluge einen "konzertierten Vorstoß" für Verhandlungen.
Europa stehe vor der Aufgabe, den Frieden auf dem Kontinent wiederherzustellen und ihn langfristig zu sichern. Hierzu bedürfe es der Entwicklung einer Strategie zur möglichst raschen Beendigung des Krieges, heißt es im Brief. Je länger die derzeitigen westlichen Maßnahmen andauerten, desto unklarer werde, "welches Kriegsziel mit ihnen verbunden ist". Zudem stellen die Prominenten infrage, ob Waffenlieferungen der richtige Weg seien. Eine weitere Fortsetzung des Krieges würden Tausende weitere Kriegsopfer bedeuten, heißt es. Auch die humanitäre Notlage auf der ganzen Welt – darunter die Hungersnot in Afrika – könnte sich weiterhin zuspitzen. Zudem bestehe die Gefahr einer atomaren Eskalation.
Allerdings heißt es auch:
"Verhandlungen bedeuten nicht, wie manchmal angenommen wird, der Ukraine eine Kapitulation zu diktieren. Einen Diktatfrieden Putins darf es nicht geben."
Bereits im April hatten Prominente einen offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) verfasst. Darin wurde der SPD-Politiker aufgefordert, nicht noch mehr schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Damals initiierte die Feministin Alice Schwarzer den Brief, der von 28 Erstunterzeichnern unterstützt wurde.
Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrei Melnyk, reagierte auf die neueste Initiative so wie er immer reagiert: mit Beleidigungen. Auf Twitter schrieb Melnyk:
"Nicht schon wieder, was für ein Haufen pseudo-intellektueller Verlierer (Nicht schon wieder, was für ein Haufen pseudo-intellektueller Versager.). Ihr alle Varwicks, Vads, Kluges, Prechts, Yogeshwars, Zehs & Co. sollt euch endlich mit euren defätistischen 'Ratschlägen' zum Teufel scheren. Tschüss"
Am Freitag hatte sich das ukrainische Außenministerium von Äußerungen des Botschafters über den früheren Nationalistenführer Stepan Bandera (1909-1959) distanziert. Melnyk hatte in einem Interview geleugnet, dass Bandera "ein Massenmörder von Juden und Polen" gewesen sei.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62bec3fa48fbef6957519d8c.jpg
Der ukrainische Botschafter Andrei Melnyk während des G7-Treffen der Außenminister am 13. Mai 2022 in Weissenhaus

13:15 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet steigende Zahlen ukrainischer Deserteure**
Während seines täglichen Pressebrichts hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow gemeldet, dass die russische

Offensive auf die Stadt Lissitschansk erfolgreich fortgesetzt wird. Dabei würden die ukrainischen Misserfolge und großen Verluste für steigende Zahlen an Deserteuren sorgen, welche die ukrainische Führung zu vertuschen versuche. Konaschenkow gab dazu folgendes Beispiel an:
"In einem der Bataillone der 17. [ukrainischen] Panzerbrigade, die in der Nähe der Ortschaft Nowaja Poltawka in der Donezker Volksrepublik eingesetzt wird, sind weniger als 20 Prozent der Sollstärke an der Front geblieben."
Dabei versuche Kiew außerdem, "Sündenböcke" für militärische Misserfolge zu finden, so Konaschenkow weiter. So seien gegen die Führung und 171 Soldaten des 42. Bataillons der 57. Brigade der motorisierten Infanterie Strafverfahren eingeleitet worden. Die Militärangehörigen sollen in eine Untersuchungshaftanstalt in Kramatorsk verbracht worden sein.

14:08 (13:08) novorosinform.org: **Ukrainischer Borschtsch wurde Teil des UNESCO-Kulturerbes**
Die Liste des immateriellen Kulturerbes der UNESCO wurde um „die Kultur des ukrainischen Borschtschkochens“ ergänzt. Jetzt wird das Gericht in die Liste „mit sofortigem Schutzbedarf“ aufgenommen, sagte der ukrainische Kulturminister Aleksandr Tkatschenko.
Es wird darauf hingewiesen, dass seit mehreren Jahren Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine über die Zugehörigkeit von Borschtsch zu einer bestimmten Küche andauern. Daher stellte sich die internationale Organisation in dieser Angelegenheit auf die Seite Kiews.
Wie der bekannte ukrainische Küchenchef Jewgeni Klopotenko früher am Vorabend der russischen Spezialoperation sagte, sei für die Bürger des Landes „Borschtsch ein neuer Tomos“ (Tomos: richtungsweisendes Kirchendokument, Brief des Patriarchen – A.d.Ü.) , der der Hauptsieg der Ukraine sein wird.
Die Möglichkeit der Anerkennung von Borschtsch als Teil des UNESCO-Weltkulturerbes wurde am Donnerstag bekannt. Das offizielle Datum der Unterzeichnung des Dokuments: 1. Juni 2022.

https://www.novorosinform.org/content/images/80/40/48040_720x405.jpg

13:50 de.rt.com: **Richtigstellung: Stadt Rowenki in der LVR anscheinend mit Totschka-U beschossen**
Mit Vorsicht lässt sich behaupten, dass die Nachricht, nach der die Kiew-treuen Truppen die Stadt Rowenki in der Volksrepublik mithilfe der Mehrfachraketenwerfer HIMARS MLRS aus US-Herstellung beschossen, allem Anschein nach nicht ganz stimmt: Videomaterial geriet in Umlauf, das den Niedergang eines Geschosses auf Rowenki zeigt – und dieses sieht am ehesten nach einer in der Ukraine gebräuchlichen ballistischen Gefechtsfeldrakete 9M79-1

"Totschka-U" aus. Die Nachricht, der Beschuss der Stadt sei mithilfe eines US-Raketenwerfers M142 HIMARS MLRS erfolgt, wurde ursprünglich von der Volksrepublik Lugansk verkündet, genauere Information wie etwa das obige Videomaterial kam allerdings deutlich später am selben Tag in Umlauf.
Diese Information ist deshalb wichtig, weil die Entfernung in gerader Linie vom Stadtrand von Bachmut, dem nächstgelegenen Ort unter Kontrolle der Kiew-treuen Truppen, nach Rowenki mehr als 110 Kilometer beträgt: Der Einsatz der US-Mehrfachraketenwerfer auf diese Distanz hätte bedeutet, dass die USA Kiew entweder GMLRS-Raketengeschosse für HIMARS mit deutlich größerer Reichweite als die angegebenen 70-80 Kilometer lieferten – oder aber gleich die von derselben Plattform abzufeuernden ballistischen Gefechtsfeldraketen ATACMS mit einer Reichweite von aktuell 150 bis 300 Kilometern.

14:07 de.rt.com: **Lawrow: Westen verletzt zentralen NATO-Russland-Vertrag**
Die NATO hat beschlossen, gegen die NATO-Russland-Grundakte von 1997 zu verstoßen. Die Entscheidung über die Aufrüstung der NATO-Truppen nahe der russischen Grenze verstößt deutlich gegen das Dokument, in dem der Westen Moskau Sicherheitsgarantien zugesichert hatte.
Weder Russland noch die NATO haben jemals formell die NATO-Russland-Grundakte von 1997 gekündigt, aber in der Praxis funktioniert sie nicht, weil der Block sie verletzt. Darauf wies der russische Außenminister Sergei Lawrow am Donnerstag hin. Einige glaubten, dass das Schlüsseldokument von der NATO während des Gipfeltreffens ihrer Staats- und Regierungschefs in Madrid außer Kraft gesetzt werden würde. Der Minister sagte auf einer Pressekonferenz:
"Rechtlich gesehen besteht die Grundakte weiter, wir haben das Verfahren zur Kündigung dieses Abkommens nicht eingeleitet."
Die in Madrid gefassten Beschlüsse verstießen in grober Weise gegen die Bestimmungen der Grundakte, vor allem gegen die Verpflichtung der NATO, keine nennenswerten Truppen auf dem Territorium der neuen – das heißt osteuropäischen – Mitgliedsstaaten dauerhaft zu stationieren, so Lawrow.
Er bezog sich damit auf die Entscheidung der NATO, ihre militärische Präsenz nahe der russischen Grenzen stark auszubauen.
Die Einschätzung des russischen Ministers über die Tragfähigkeit des Dokuments von 1997 ist eine Ergänzung der Aussage seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock, die zu den schärfsten Kritikern Russlands gehört. Im Mai hatte Baerbock behauptet:
"Die russische Regierung hat deutlich gemacht, dass die NATO-Russland-Grundakte für sie keinen Wert mehr hat. Deshalb müssen wir jetzt anerkennen, dass auch diese Grundakte einseitig von Russland und nicht von der NATO gekündigt wurde."
Der Schlüsselvertrag wurde zu einem Zeitpunkt verabschiedet, als die NATO eine Erweiterung in Europa plante, was in Moskau für Bedenken sorgte. Nach Ansicht Moskaus verstieße dies gegen frühere Zusicherungen, wonach das Bündnis nicht über ein vereintes Deutschland hinausgehen würde, da dies eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands darstelle.
Die erste NATO-Erweiterungswelle nach dem Ende des Kalten Krieges, bei der die Tschechische Republik, Ungarn und Polen in den Block aufgenommen wurden, erfolgte zwei Jahre später. Weitere Beitritte folgten gegen die Einwände Russlands.
Moskau beklagt sich seit langem über die Ineffizienz des NATO-Russland-Rates, ein durch die Akte eingerichtetes Forum, in dem die beiden Parteien Missstände klären sollten. Die Allianz habe den Rat jedoch dazu benutzt, Russland einfach zu überrumpeln, so Lawrow.
Russland hat sein Büro im NATO-Hauptquartier in Brüssel im Oktober 2021 vollständig geschlossen, nachdem die Organisation acht russische Diplomaten ausgewiesen hatte, weil sie angeblich für den russischen Geheimdienst arbeiten. Das NATO-Büro in Moskau wurde

daraufhin ebenfalls geschlossen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62beb5dbb480cc39685dd441.jpg

14:14 de.rt.com: **Kuba und Weißrussland: Ausweitung der Zusammenarbeit im Pharma-Sektor**

Zwischen Lateinamerika und Eurasien gibt es bereits viele gute Verbindungen. Eine Delegation aus Kuba hat mit Regierungs- und Industrievertretern in Weißrussland weitere kommerzielle und wissenschaftliche Kooperationen bei der Herstellung von Biopräparaten und Medikamenten vorangebracht.

Eine Delegation von BioCubaFarma, der staatlichen kubanischen Biotechnologie-Organisation, kam jüngst mit dem weißrussischen Gesundheitsminister Dimitri Pinewitsch zusammen, um die Bemühungen für eine weitere Entwicklung der kommerziellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit bei der Herstellung von Biopräparaten und Medikamenten zu erörtern. Dies berichtete das kubanische Magazin Granma unter Berufung auf Cubaminrex, dem kubanischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Geleitet wurde die kubanische Delegation bei der Reise nach Weißrussland von Dr. Eulogio Pimental Vázquez, dem stellvertretenden Direktor von BioCubaFarma.

Der Gesundheitsminister Weißrusslands, Dimitri Pinewitsch, hob das große Potenzial der beiden Länder in diesem Bereich hervor. Bei dem Besuch wurde eine Absichtserklärung zur Ausweitung der Zusammenarbeit im biopharmazeutischen Sektor unterschrieben, mit dabei war auch der Geschäftsführer der belarussischen Holding BelFarProm.

Kubanische Wissenschaftler trafen sich auch mit Arzneimittelherstellern, um die Aussichten für eine bilaterale Zusammenarbeit bei der Herstellung von Arzneimitteln und medizinischen Geräten zu analysieren. Und sie erörterten Vorschläge zur Ausweitung der Zusammenarbeit, einschließlich des möglichen Einsatzes kubanischer Anti-COVID-Impfstoffe in Weißrussland, berichtete die staatliche Unternehmensgruppe BioCubaFarma in den sozialen Medien.

Der kubanische Verband der Biotechnologie- und Pharmaindustrie hatte in den vergangenen Jahren bereits mit Großbritannien und anderen Ländern im biopharmazeutischen Bereich zusammengearbeitet. Kürzlich hat die Unternehmensgruppe zudem zusammen mit China das erste Patent für einen Impfstoff gegen COVID-19 und seine zahlreichen Varianten angemeldet, der auch gegen verwandte Viren wirksam sein könnte. Laut Eduardo Martínez Díaz, Präsident der BioCubaFarma Business Group, wurde das Patent kürzlich beim Nationalen Amt für geistiges Eigentum in China eingereicht.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62bed48f48fbef66b328a03f.jpg

14:20 de.rt.com: **Zwei ukrainische Flugzeuge am vergangenen Tag abgeschossen**
Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sind am vergangenen Tag im Gebiet Charkow zwei Erdkampfflugzeuge vom Typ Su-25 der ukrainischen Luftstreitkräfte abgeschossen worden. Außerdem habe die russische Luftabwehr elf Drohnen in der DVR und den Gebieten Saporoschje sowie Charkow zerstört. In der Donezker Volksrepublik seien acht Raketen abgefangen worden, so die Meldung weiter.
Insgesamt seien seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine unter anderem 226 Flugzeuge, 134 Hubschrauber, 1.411 Drohnen sowie 3.873 Panzerfahrzeuge vernichtet worden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62beda8b48fbef6957519d9e.jpg

14:37 de.rt.com: **Kissinger skizziert mögliche Szenarien für Ausgang des Ukraine-Konflikts**
In einem Interview mit *The Spectator* spekulierte Henry Kissinger über drei mögliche Szenarien zur Beendigung der Ukraine-Krise. Er betonte, dass die Frage der Kriegsziele angegangen werden müsse, bevor die Dynamik des Krieges sie politisch unkontrollierbar mache.
Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, der vor kurzem 99 Jahre alt geworden ist, hat seine Gedanken darüber geäußert, wie der aktuelle Konflikt zwischen Russland und der Ukraine enden könnte. In einem Interview mit der Zeitschrift *The Spectator* sagte er:

"Es gibt drei mögliche Ausgänge dieses Krieges. Alle drei sind bis zu einem gewissen Grad noch offen."

Im ersten Szenario "bleibt Russland dort, wo es jetzt ist, wird 20 Prozent der Ukraine, den größten Teil des Donbass, das industrielle und landwirtschaftliche Hauptgebiet, sowie einen Streifen Land entlang des Schwarzen Meeres erobert haben".

Wenn dies geschehe, wäre es "ein Sieg für Moskau, der auch zeigen würde, dass die Rolle der NATO nicht so entscheidend war wie früher angenommen", so der erfahrene Politiker.

Der zweite mögliche Ausgang "ist, dass versucht wird, Russland aus dem Gebiet zu vertreiben, das es vor diesem Krieg erworben hat, einschließlich der Krim, und dann wird sich die Frage eines Krieges mit Russland selbst stellen, wenn der Krieg weitergeht", warnte Kissinger.

Das dritte Szenario sei, "dass die freie Welt Russland davon abhalten kann, militärische Eroberungen zu machen, und wenn die Kampflinie in die Position zurückkehrt, in der der Krieg begann. Dann wird die gegenwärtige Aggression sichtbar besiegt worden sein".

In diesem Fall würde die Ukraine wieder so aufgebaut, wie sie vor dem Beginn der russischen Militäroperation am 24. Februar gewesen sei, und würde von der NATO wieder aufgerüstet, wenn nicht sogar in sie eingegliedert, spekulierte der ehemalige US-Außenminister.

Die übrigen Fragen könnten verhandelt werden. Dies würde die Situation für eine Weile einfrieren, aber der Stillstand würde mit der Zeit überwunden werden.

Kissinger zufolge habe er dieses "dritte Ergebnis" bereits in einer Videoansprache vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Mai skizziert.

In der Rede, die international für Schlagzeilen sorgte, betonte er, dass Friedensverhandlungen in der Ukraine "in den nächsten zwei Monaten beginnen müssen", da sich der Konflikt sonst von "einem Krieg um die Freiheit der Ukraine, der von der NATO mit großer Geschlossenheit geführt wurde, in einen Krieg gegen Russland selbst" verwandeln könnte.

Das ideale Ergebnis dieser Gespräche wäre "eine Rückkehr zum Status quo ante", fügte der erfahrene Diplomat hinzu.

In der Ukraine sorgten Kissingers Äußerungen für Empörung. Präsident Wladimir Selenskij sagte, Kissinger sei "aus der tiefen Vergangenheit auftaucht" und erkläre, dass "ein Stück der Ukraine an Russland gegeben werden müsse", um Moskau zu beschwichtigen. Der ehemalige US-Außenminister habe vergessen, dass wir das Jahr 2022 schrieben. Kissinger scheine aber zu denken, dass er zu einem Publikum in München im Jahr 1938 spreche.

Letzteres war eine Anspielung auf das Münchner Abkommen, in dem das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien zustimmten, einen Teil der Tschechoslowakei an Nazi-Deutschland abzutreten, um einen größeren Konflikt auf dem Kontinent zu vermeiden. Der Zweite Weltkrieg begann im Jahr darauf.

Kissingers Name tauchte auch auf der berüchtigten Webseite Mirotworez ("Friedensstifter") auf, einer öffentlichen Datenbank mit Informationen über Personen, die von den Betreibern der Onlinepräsenz als "Feinde der Ukraine" geführt werden. Dort wird Kissinger als "Komplize bei den Verbrechen der russischen Behörden gegen die Ukraine und ihre Bürger" bezeichnet.

Der erfahrene Politiker erklärte *The Spectator*, dass "der Zweck der Erklärung von Davos darin bestand, darauf hinzuweisen, dass die Frage der Kriegsziele angegangen werden muss, bevor die Dynamik des Krieges sie politisch unbeherrschbar macht".

Was Selenskijs Kritik angeht, "so hat er in seinen jüngsten Erklärungen im Wesentlichen akzeptiert, was ich in Davos dargelegt habe", betonte Kissinger.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62bed3f248fbef6ec066a73b.jpg

14:50 de.rt.com: **Ukrainischer Volkssturm – Erste Frauen im wehrpflichtigen Alter eingezogen**
Die Wehrpflicht in der Ukraine, die seit Dezember 2021 auch für Frauen gilt, scheint jetzt aktiv durchgesetzt zu werden: Im Internet tauchen die ersten Bescheide der Kreiswehrämter (auch Kriegskommissariate genannt) auf.
So wurde eine Bewohnerin des von Kiew kontrollierten Teils der Region Nikolajew von Mitarbeitern des zuständigen Kreiswehramtes direkt vor dem Windfang ihres Hauses erwischt – und aufgefordert, bei der Behörde zu erscheinen. Im Bescheid wird präzisiert, dass die im Jahr 1990 geborene Marina sich nicht bloß im Amt registrieren soll, sondern bereits zum aktiven Militärdienst in der Zeit der Mobilmachung eingezogen wird.
Parallel dazu beschloss der Kiewer Stadtrat die Eröffnung der ersten Fabrik im Lande, die Militäruniform für Frauen im industriellen Maßstab herstellen wird, schreibt die ukrainische Ausgabe der *Elle*.
Im vergangenen Dezember wurde berichtet, dass sich in der Ukraine alle Frauen im Laufe des Jahres 2022 bei den Kreiswehrämtern registrieren lassen müssen. Der Chef des ukrainischen Generalstabs Walerij Saluschnyj versicherte damals, dass es sich um eine reine Formalität handele.

Am 17. Dezember trat dann eine Verordnung in Kraft, die die Liste der Berufe und Tätigkeiten, aus denen die Frauen zum Militärdienst herangezogen werden können, bedeutend erweitert. Trotz des Kriegsrechts wurde dieser Erlass nicht nachträglich angepasst, so dass Frauen demgemäß normalerweise erst ab dem 1. Oktober 2022 mobilgemacht und in die Armee eingezogen werden können.

https://elle.ua/upload/image/img_20220630_101034_772v.jpg

(Bild: elle.ua)

15:14 de.rt.com: **"China ist ernsthaft besorgt" – Peking kritisiert neues Strategiekonzept der NATO**

China ist im neuen "Strategischen Konzept" der NATO, das neben dem NATO-Vertrag ihr wichtigstes Dokument darstellt und die strategische Ausrichtung der Militärallianz festhält, zum ersten Mal explizit als Bedrohung erwähnt worden.

China hat am Donnerstag das neue "Strategische Konzept" der NATO scharf kritisiert, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Die westliche Militärallianz hatte Peking erstmals explizit als angebliche Bedrohung für die Sicherheit der NATO-Staaten benannt.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, erklärte auf seiner täglichen Pressekonferenz, dass das NATO-Dokument voll mit der Mentalität des Kalten Krieges sei und auf der falschen Position eines systemischen Gegensatzes zu China beharre.

Das neue Strategiekonzept der NATO verdrehe Fakten, verleumde Chinas Außenpolitik, mache unverantwortliche Aussagen zu Chinas normaler militärischer Entwicklung sowie nationaler Verteidigungspolitik, schüre Konfrontation und sei voller ideologischer Voreingenommenheit. Zhao stellte klar:

"China ist ernsthaft besorgt und lehnt dies entschieden ab."

Die Volksrepublik sei immer ein Förderer des Weltfriedens und ein Hüter der internationalen Ordnung gewesen und habe zur globalen Entwicklung beigetragen, sagte Zhao und fügte hinzu, dass China nie in ein anderes Land einmarschierte, nie einen Stellvertreterkrieg führte und nie einem anderen Militärblock beigetreten sei oder einen solchen gebildet habe. Der Sprecher erklärte:

"Wir sind dem Weg der friedlichen Entwicklung verpflichtet, fördern den Aufbau einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit und treiben eine qualitativ hochwertige Zusammenarbeit über die Neue Seidenstraße voran. Wir haben die Globale Entwicklungsinitiative und die Globale Sicherheitsinitiative vorgeschlagen und umgesetzt und der internationalen Gemeinschaft eine große Anzahl öffentlicher Güter zur Verfügung gestellt, um wichtige Themen wie Frieden und Entwicklung anzugehen."

Menschen auf der ganzen Welt seien sich bewusst, welche großen Chancen durch die friedliche Entwicklung Chinas entstehen würden. Hierbei handle es sich nicht um eine systematische Herausforderung, wie sie die NATO beschreibt. Die NATO selbst sei Zhao zufolge die eigentliche systemische Herausforderung des Weltfriedens und der globalen Stabilität. Zudem mahnte der chinesische Spitzendiplomat:

"Die asiatisch-pazifische Region ist ein Schrittmacher für Frieden und Stabilität und ein vielversprechendes Gebiet für Zusammenarbeit und Entwicklung. Jede Handlung, die dem Frieden und der Stabilität schadet und die Einheit und Zusammenarbeit in der Region untergräbt, wird vom chinesischen Volk und den Völkern der asiatisch-pazifischen Länder gemeinsam bekämpft werden und ist zum Scheitern verurteilt."

Zhao betonte, dass die Übertreibung der sogenannten "Gefahr durch China" vollständig sinnlos sei. Die NATO müsse unverzüglich damit aufhören, China grundlos zu beschuldigen und zu provozieren, die veraltete Mentalität des Kalten Krieges sowie die Nullsummenspiel-Mentalität aufgeben, die falsche Besessenheit von Gewalt und das Streben nach "absoluter Sicherheit" abstreifen und gefährliche Handlungen einstellen, die Europa und den asiatisch-pazifischen Raum stören.

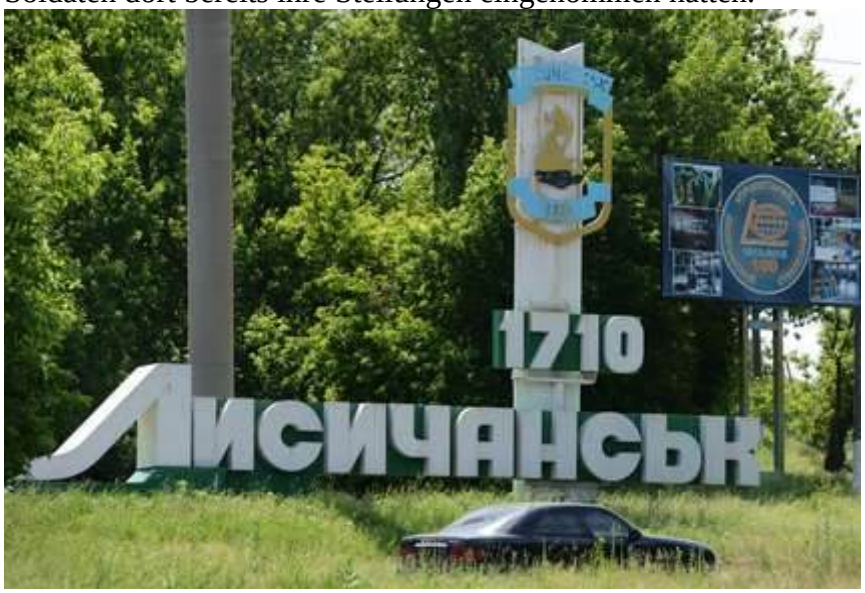
https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62beef1bb480cc39685dd47b.jpg

15:45 de.rt.com: **Studie: USA drohen in Schlüsseltechnologien hinter China zu fallen**
Die US-Regierung investiert zwar mehr in Spitzentechnologien, aber ein neuer Bericht des Datenanalyse-Instituts Govini besagt, dass Washington nicht annähernd genug ausgibt, um mit Konkurrenten wie China in Bereichen wie künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen Schritt zu halten.
Eine aktuelle Untersuchung hat ergeben, dass die Gesamtausgaben der US-Regierung für lebenswichtige Technologien in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 zwar deutlich angestiegen sind, nämlich von 60,7 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 2017 auf 117,2 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 2021. Damit liegen sie jedoch immer noch unter dem, was China in dieselben Forschungsbereiche investiert.
Laut der neuesten Studie des Datenanalyse-Unternehmens Govini mit dem Titel "National Security Scorecard: Critical Technologies Edition" sind die Ausgaben der USA für wichtige Technologien wie Hyperschallwaffen und künstliche Intelligenz im Vergleich zu ihren chinesischen Rivalen immer noch gering.
Die Analysten argumentieren, dass die Entscheidungsträger in der Regierung von Joe Biden angesichts der klaren Informationslage besser in der Lage seien, die Entwicklung dieser wichtigen Technologien und des gesamten Militärprogramms zu steuern. In dem Bericht heißt es:
"In den letzten Jahren hat die US-Regierung die Bedeutung neuer Technologien sowohl für den strategischen Wettbewerb mit China als auch für unseren künftigen nationalen Wohlstand erkannt, und mehrere (sukzessive) Regierungen und Kongresse haben entsprechende Maßnahmen ergriffen. Aber trotz dieser Bemühungen bleibt es eine große Herausforderung, schnell genug zu sein, um China zu schlagen."
Govinis Erhebung beruht auf einer Liste wichtiger technologischer Bereiche, die das Büro des US-Unterstaatssekretärs für Forschung und Technik Anfang des Jahres veröffentlicht hatte. Die Liste umfasst vierzehn Technologien, darunter Weltraumtechnologie, Quantenwissenschaft, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen sowie Biotechnologie.
Tara Murphy Dougherty, die Geschäftsführerin von Govini, sagte in einer Pressemitteilung, dass das Unternehmen es in dem diesjährigen Bericht für "entscheidend hielt, sich auf Technologien zu konzentrieren, die für die Zukunft der nationalen Sicherheit entscheidend sind." Sie erklärte:
"Das (US-)Verteidigungsministerium hat die Bedeutung neuer Technologien im laufenden strategischen Wettbewerb mit China erkannt, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftliche und militärische Wettbewerbsfähigkeit. Das Ministerium ist auf die Innovationen im öffentlichen und privaten Sektor angewiesen, um die zukünftigen Fähigkeiten, die unser Militär benötigt, zu entwickeln und einzusetzen."
Doch trotz der laufenden Bemühungen sei der Wettbewerbsvorteil der USA in Gefahr. Die Daten würden zeigen, dass eine aggressivere Verlagerung zugunsten der Innovation zwingend

erforderlich sei. Eine Fortführung der bisherigen Politik werde nicht funktionieren.
Der Studie zufolge hat das Verteidigungsministerium nach wie vor Schwierigkeiten, mit dem Start-up- und Innovationssektor zu interagieren. Stattdessen bevorzuge es die großen Anbieter und Dienstleistungsunternehmen und verpasse so die Gelegenheit, von neuen Entwicklungen zu profitieren. China dagegen habe Berichten zufolge die Möglichkeit, in Bereichen wie Quantencomputing, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen die Führung zu übernehmen, da die USA nur über begrenzte Mittel verfügen würden.
Das Unternehmen betonte im Bericht zudem, dass die bisherigen Ausgaben der USA für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen ein bisher unbekanntes Maß an Überwachung und Einschätzung der Lage im Ukraine-Konflikt ermöglichen würden. Diese Entwicklungen würden die Konflikte der Zukunft prägen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62bec10b48fbef14773f70be.jpeg

16:00 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz: Mehr als 10.000 Zivilisten in Lissitschansk zurückgeblieben**
Nach Angaben des Offiziers der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk, Andrei Marotschko, befinden sich mehr als 10.000 Zivilisten weiterhin in der umkämpften Stadt Lissitschansk.
Am Freitag sagte er in einer Sendung des russischen Perwy Kanal:
"Nach unseren Aufklärungsdaten sind dort mehr als 10.000 Zivilisten zurückgeblieben. Wir müssen jedes Menschenleben erhalten."
Marotschko führte ferner aus, dass die Gefechte in der Stadt im Gange seien, wobei die LVR-Soldaten dort bereits ihre Stellungen eingenommen hätten.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62befbe448fbef66b328a094.jpg

16:06 de.rt.com: **Nach Einwilligung der Türkei für NATO-Norderweiterung: USA unterstützen Verkauf von F-16 an Ankara**
US-Präsident Biden hat der Türkei den Verkauf von Kampfjets F-16 in Aussicht gestellt, nachdem Ankara sein Veto gegen den NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens zurückgezogen hatte.
Nur einen Tag, nachdem die Türkei Schwedens und Finnlands Antrag auf NATO-Mitgliedschaft zugestimmt hatte, bekräftigte die Biden-Regierung ihre Absicht, Dutzende von F-16 Kampfflugzeugen an Ankara zu verkaufen, um deren bestehende Flotte aufzurüsten.
"Wir sollten ihnen die F-16 Jets verkaufen und diese Jets auch modernisieren", sagte Biden am Donnerstag zum Abschluss des NATO-Gipfels in Madrid. Biden erklärte, für das von der Türkei geforderte Rüstungsgeschäft brauche er die Zustimmung des US-Kongresses. Er äußerte sich aber zuversichtlich, das Parlament überzeugen zu können.
Celeste Wallander, die oberste Beamtin des Pentagon für internationale Sicherheitsangelegenheiten, sagte bereits am Mittwoch gegenüber Journalisten, dass das Pentagon "die Modernisierungspläne der Türkei für ihre F-16-Flotte voll und ganz unterstützt". "Die USA unterstützen die Türkei bei der Modernisierung ihrer F-16 Flotte, weil dies ein Beitrag zur NATO-Sicherheit und damit zur amerikanischen Sicherheit ist", sagte sie weiter.
Die Türkei hatte im vergangenen September den Kauf von vierzig F-16 Jägern und achtzig Modernisierungskits zur Verwendung für vorhandene Flugzeuge aus den USA beantragt. Der geplante 60-Milliarden-Dollar-Deal wird als wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der strategischen Beziehungen zwischen den beiden NATO-Verbündeten angesehen, nachdem Washington Ankara im Jahr 2019 aus dem F-35-Programm ausgeschlossen hatte.
Im selben Jahr hatte die Entscheidung der Türkei für den Kauf der russischen Langstrecken-Boden-Luft-Raketen-Systeme S-400 für Spannungen zwischen Ankara und Washington gesorgt. Washington verhängte deshalb Sanktionen gegen die Türkei und stellte den geplanten Verkauf der F-35, US-Kampfflugzeugen der neuesten Generation, ein. Ankara pochte daraufhin auf eine Entschädigung und forderte dann später die Lieferung von Kampfjets einer älteren Generation (F-16). Den USA gelang es auf dem NATO-Gipfel in Madrid, die Türkei für ihre Ukraine-Strategie mit an Bord zu holen, auch indem Washington Ankara in letzter Zeit gedroht hat, statt der Türkei Griechenland mit F-16 Jets aufzurüsten und damit eine gewisse Überlegenheit der türkischen Luftwaffe über den ägäischen Inseln zu beenden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62becff9b480cc384f4fc8bb.jpg

17:20 (16:20) novorosinform.org: **Gajdaj veröffentlichte einen weiteren Fake über die Streitkräfte der RF**
Sergej Gajdaj veröffentlichte ein Foto des zerstörten Hauses "friedlicher Menschen".
Der Vorsitzende der (ukrainischen) regionalen staatlichen Verwaltung von Lugansk, Sergej Gajdaj, veröffentlichte auf seinem Telegram-Kanal einen Beitrag über das zerstörte Haus angeblicher Zivilisten in Lisitschansk. Ihm zufolge wurde das Wohngebäude durch Beschuss

der russischen Armee beschädigt.
Dabei bemerkten die Benutzer des Messengers, dass ein 122-mm-Artilleriegeschütz und eine unter einem Sackleinen versteckte Kiste mit Granaten auf dem Foto zu sehen waren. Warum die Zivilisten von Lisitschansk Munition und schwere Waffen in ihrem Hof aufbewahrten, ist unbekannt.

16:30 de.rt.com: **Intensität der Artillerieangriffe auf Donezk geht zurück**
Der stellvertretende Informationsminister der Donezker Volksrepublik Daniil Bessonow hat erklärt, dass die Intensität der ukrainischen Artillerieangriffe auf Donezk in den vergangenen Tagen zurückgegangen sei. In einer Sendung des russischen Perwy Kanal sagte er:
"Seit Anfang des Monats [Juni] war die Intensität des Beschusses von Donezk sehr hoch. Meist wurde bei Tageslicht geschossen."
Seit etwa fünf Tagen habe die Intensität des Beschusses abgenommen, so Bessonow weiter. Er führte dies auf russische Gegenschläge mit Artillerie und Flugzeugen zurück.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62befd6348fbef68a9640292.jpg
Ein durch ukrainischen Beschuss teilweise zerstörtes Wohnhaus in Donezk, Aufnahme vom 22. Juni

16:44 de.rt.com: **Nord Stream bestätigt: Gaslieferung aus Russland wird für zehn Tage unterbrochen**
Der Betreiber der Nord-Stream-Pipeline wird die beiden Stränge, die russisches Gas durch die Ostsee nach Deutschland transportieren, im Juli für zehn Tage wegen geplanter Reparaturen unterbrechen. Wirtschaftsminister Habeck befürchtet, dass die Unterbrechung andauern könnte.
Die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream von Russland nach Deutschland wird für die jährlichen Wartungsarbeiten für zehn Tage abgeschaltet, bestätigte das für das Projekt verantwortliche Unternehmen am Freitag. Beide Stränge der Pipeline werden vom 11. bis zum 21. Juli für Reparaturarbeiten stillgelegt. Der Betreiber fügte hinzu, dass der Zeit- und Arbeitsplan der Abschaltung zuvor mit allen Partnern der Nord Stream AG abgesprochen wurde.
"Die Nord Stream AG wird beide Stränge ihres Gaspipelinesystems für routinemäßige Wartungsarbeiten einschließlich der Prüfung mechanischer Elemente und Automatisierungssysteme vorübergehend abschalten, um einen zuverlässigen, sicheren und effizienten Pipelinebetrieb zu gewährleisten", heißt es in der Erklärung.
Im Juni wurden die russischen Gaslieferungen durch die Unterwasserpipeline nach Deutschland aufgrund technischer Probleme im Zusammenhang mit den westlichen Sanktionen gegen Moskau um bis zu 60 Prozent reduziert. Als Reaktion darauf hat die Bundesregierung die zweite "Alarmstufe" ihres dreistufigen Gasnotstandsplans eingeleitet.

Berlin warnte angesichts der abnehmenden Lieferungen aus Russland vor einer ernsthaften Verknappung des Brennstoffs, auf den Deutschland stark angewiesen ist. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat mehrmals darauf hingewiesen, dass er ein vollständiges Ausbleiben russischer Gaslieferungen durch Nord Stream befürchtet. Ab dem 11. Juli drohe "eine Blockade von Nord Stream 1 insgesamt", daher könne die Versorgung im Winter problematisch werden. Die Gasversorgung über den Sommer sei gewährleistet. "Gas ist von nun an ein knappes Gut in Deutschland", sagte Habeck dazu. Die Bürger wurden aufgerufen, auf alle erdenklichen Weisen Energie einzusparen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62bf081b48fbef68a96402a7.jpg
Rohrsysteme und Absperrorgane an der Gasübernahmestation der Ostseepipeline Nord Stream 1 und der Übergabestation der Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung (OPAL) Ferngasleitung, 21. Juni 2022, Mecklenburg-Vorpommern

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 1. Juli 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.
Spezialisten haben in Mariupol ein weiteres Kommunikationsobjekte zur Inbetriebnahme vorbereitet. In Perwomajskoje wurde eine 4G-Basisstation montiert, die es erlauben wird, mobilen Internetzugang zu gewährleisten.
In Slatoustowka wurde eine Postfiliale eröffnet.
Mitarbeiter des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR haben 1183 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten und materieller Unterstützung angenommen.
Auf die Listen des Arbeitsamts wurden 165 Personen aufgenommen, 7809 Personen haben befristete Arbeitsverträge.
An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 3500 Menschen. Eine mobile Apotheke wurde im Teil Mariupols, das sich am linken Ufer befindet, organisiert.
Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR setzen die Arbeiten auf der Straße nach Mariupol fort.
Zivilschutzkräfte haben mehr als 31 Hektar Territorium und 61.500 Quadratmeter Gebäude untersucht und 425 explosive Objekte entschärft.
Zivilschutzkräfte haben 1736 humanitäre Pakete in den Bezirk Wolnowacha geliefert.
Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.
Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu

wenden.

17:14 de.rt.com: **Xi Jinping vereidigt Hongkongs neuen Regierungschef am 25. Jahrestag der Wiedervereinigung**

In Hongkong wurde ein neuer Regierungschef vereidigt. Zur Zeremonie reiste der chinesische Präsident Xi Jinping an. Während einer Rede betonte er, dass Peking in Bezug auf Hongkong an seiner "Ein Land, zwei Systeme"-Politik festhalten werde.

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat den neuen Chief Executive von Hongkong, John Lee, vor Ort vereidigt. Es war Xis erste Reise außerhalb des Festlandes seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

Lee, ein ehemaliger Sicherheitsbeamter, hielt am Freitag eine Antrittsrede, in der er seine Vision für die ehemalige britische Kolonie darlegte.

Die neue Regierung werde "die Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs stärken und die Wirtschaft entwickeln", sagte er und fügte hinzu, dass "der Schwerpunkt auf der Entwicklung Hongkongs zu einem internationalen Innovations- und Technologiezentrum liegen wird, wobei die jeweiligen Stärken Hongkongs und des Festlands genutzt und kombiniert werden".

Obwohl Xi nicht an der traditionellen Flaggenhissung teilnahm, nahm er an der Vereidigungszeremonie selbst teil, nachdem er einen Tag zuvor in Hongkong eingetroffen war. Das Staatsoberhaupt hatte das chinesische Festland seit 2019 nicht mehr verlassen. Zuletzt war er 2017 nach Hongkong gereist, um die damalige Regierungschefin von Hongkong Carrie Lam zu vereidigen.

In einer Rede nach Lees offiziellem Amtsantritt warb Xi für Pekings "Ein Land, zwei Systeme"-Politik und versprach, der ehemaligen Kolonie eine gewisse Autonomie zu gewähren, sie aber weiterhin zu China zu zählen. Dabei hob er hervor:

"Für ein so gutes System gibt es überhaupt keinen Grund, es zu ändern. Es muss auf lange Sicht beibehalten werden."

Am Freitag wurde auch der 25. Jahrestag der Rückkehr Hongkongs unter chinesische Verwaltung begangen, nachdem es mehr als 150 Jahre lang unter britischer Herrschaft stand. Obwohl Peking versprochen hatte, dass Hongkong nach der Übergabe im Jahr 1997 mindestens 50 Jahre lang eine Form der Selbstverwaltung und gerichtlichen Unabhängigkeit haben würde, haben westliche Politiker China vorgeworfen, diese Autonomie insbesondere durch ein Gesetz zur nationalen Sicherheit aus dem Jahr 2020 zu beschneiden, das nach Massenprotesten und Unruhen verabschiedet wurde.

Der ehemalige Polizeichef Lee ist einer von mehreren hochrangigen Hongkonger Beamten, gegen die die USA wegen des Gesetzes, an dessen Umsetzung er beteiligt war, Sanktionen verhängt haben. China hat die Kritik an dem Gesetz jedoch zurückgewiesen. Xi betonte, es habe "die Ordnung aus dem Chaos wiederhergestellt" und gleichzeitig die "demokratischen Rechte" der Einwohner gewahrt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62bea10848fbef6957519d52.jpg

Hongkongs neuer Chief Executive John Lee und Chinas Präsident Xi Jinping

18:51 (17:51) novorosinform.org: **In der DVR wurden zwei weitere britische Söldner angeklagt – Medien**
Die DVR hat Anklage gegen zwei gefangene britische Söldner erhoben.
Dylan Hill und Andrew Hill sind nach Angaben der Nachrichtenagentur Donezk nach denselben Artikeln angeklagt, wie die zuvor zum Tode verurteilten Söldner aus Marokko und Großbritanien.
Laut TASS verweigern die gefangenen britischen Staatsbürger jegliche Aussage. Derzeit werden Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt, in deren Folge die Ermittler Beweise für von den Söldnern begangene Verbrechen sammeln wollen. …

abends:

18:00 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: NATO kehrt zu Schemata des Kalten Krieges zurück**
Die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Madrid haben gezeigt, dass das Bündnis in Bezug auf die Gewährleistung der militärischen Sicherheit zu den Denkmustern des Kalten Krieges zurückgekehrt ist, meinte der stellvertretende russische Außenminister, Alexander Gruschko. Er sagte am Freitag im Rahmen einer Diskussion des internationalen Waldai-Klubs:
"Die wichtigste Schlussfolgerung, die wir ziehen können, ist meines Erachtens, dass die NATO in Madrid einen evolutionären Salto in ihrer Entwicklung seit ihrer Gründung 1949 vollzogen hat und zu ihren Ursprüngen zurückgekehrt ist, das heißt zu den Schemata der Gewährleistung der militärischen Sicherheit aus der Zeit des Kalten Krieges."
Die Anerkennung Russlands als Bedrohung für die NATO wertete Gruschko als echten Vorstoß, dem Land an allen Fronten entgegenzutreten und es einzudämmen. Zudem bedauerte der Diplomat die Perspektiven eines NATO-Beitritts Finnlands und Schwedens als "eine der traurigsten Episoden in der Entwicklung der europäischen Sicherheit".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62bf0ad9b480cc384f4fc92c.jpg

19:02 (18:02) novorosinform.org: **Bei Ugledar verlor ein Kind seinen Arm infolge des Beschusses der Streitkräfte der Ukraine – Tatarskij**
Am Freitagnachmittag griffen ukrainische Kämpfer das Dorf Petrowskoje bei Ugledar an. Zivilisten seien verletzt worden, darunter ein kleines Kind, sagte Wladlen Tatarskij, Teilnehmer an den Feindseligkeiten im Donbass und Publizist.
Durch den Beschuss wurden mehrere Menschen verletzt. Unter ihnen sei ein Kind, es habe

seinen Arm verloren, teilte Tatarskij mit, berichtet der Telegram-Kanal „Swodki Opoltschenja“.
„Einem kleinen Kind wurde der Arm abgerissen“, erklärte er.
Zuvor wurde über einen massiven Angriff ukrainischer Kämpfer auf die Stadt Jasinowataja berichtet. Durch den Beschuss wurden ein Mann getötet und vier Frauen verletzt. Nach Angaben der Repräsentanz der DVR im GZKK verwendeten die Streitkräfte der Ukraine 155-mm-NATO-Granaten.

18:25 de.rt.com: **DVR beginnt Ermittlungen gegen Gefangene vom Asow-Stahlwerk – acht Personen droht die Todesstrafe**
Nach Angaben der Donezker Nachrichtenagentur (DAN) soll in den kommenden Tagen das Gerichtsverfahren gegen die erste Gruppe von Kriegsgefangenen aus dem Asow-Stahlwerk eröffnet werden. Die Agentur zitierte ihre Quelle wie folgt:
"Es handelt sich um eine Gruppe von Asow-Angehörigen, die sich 'SS-Bären' nannte. Gestern wurden die Ermittlungen beendet, die Akte wurde ans Gericht übergeben."
Die sogenannte Kampfgruppe "SS-Bären" war bereits zuvor in den sozialen Netzwerken durch die ausgiebige Verwendung von NS-Symbolen auf ihren Abzeichen sowie durch Tätowierungen, darunter SS-Runen, Totenkopfsymbole sowie Porträts von Adolf Hitler, aufgefallen. Einem Bericht des russischen Fernsehsenders NTV zufolge machten sich ihre Angehörigen unter anderem der Hinrichtung von Gefangenen schuldig.
Nun seien laut DAN die ersten acht Angehörigen der Einheit angeklagt worden. Die Quelle der Nachrichtenagentur fügte hinzu, dass auf die ihnen zur Last gelegten Verbrechen in der DVR die Todesstrafe stehe.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 01.07.22**
Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 220 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **4 Zivilisten verletzt**. 17 Wohnhäuser, ein ziviles Infrastrukturobjekt und 2 Fahrzeuge wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzteZivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Mit Trauer teilen wir mit, dass 6 Verteidiger der Donezker Volksrepublik bei der Ausübung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit starben und 10 verletzt wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:15 de.rt.com: **Lugansk bringt Siedlungen Priwolje und Schipilowka unter seine Kontrolle**
Die Verbündeten Kräfte der Volksrepublik Lugansk (LVR) und Russlands haben die Ortschaften Schipilowka und Priwolje im Donbass unter ihre Kontrolle gebracht, wie ein Vertreter der Volksmiliz der LVR mitteilte:
"Einheiten der LVR-Volksmiliz setzen gemeinsam mit den verbündeten Kräften die Befreiung des Gebiets der Volksrepublik Lugansk von den ukrainischen Besatzern fort. So wurden heute ukrainische Nationalisten aus den Siedlungen Priwolje und Schipilowka vertrieben",
sagte er.

In der Volksrepublik Donezk sind Wolnowacha, ein strategisch wichtiges Bezirkszentrum südlich von Donezk, Mariupol, die größte Stadt am Asowschen Meer, und Swjatogorsk, die Heimat eines großen orthodoxen Klosters mit Lawra-Status, bereits unter Kontrolle der LVR. Die alliierten Streitkräfte kontrollieren – mit Ausnahme der Stadt Lissitschansk – derzeit fast das gesamte Gebiet der Republik.